

Die Antwort der Klassen.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen macht folgenden Bescheid: Bei der Verhandlung der Vertreter der vereinigten Krankenkassenverbände über den bevorstehenden Herbstvertrag wurde festgestellt, daß Einigungsvorhandlungen zwischen den zentralen Verbänden der Ärzte und Klassen nach Lage der Sache unmöglich zu sein, zumal der Leipziger Verband wiederholt betont habe, von seinen Hauptforderungen nicht abgehen zu können. Im übrigen seien an vielen Orten die Klassen und Ärzte völlig einig. Trotzdem verbiete der Leipziger Verband den Ärzten Verträge zu schließen und bezeichne jeden Arzt als Streikbrecher, der diesem Gebote zuwiderhandelt. Der Friede wäre auf der ganzen Linie gesichert, wenn der Leipziger Verband den Vertragsabschluss freigäbe.

Wenn jetzt drei Wochen vor Beginn des eigentlichen Kampfes der Leipziger Verband den Ärzten weiter verbietet, mit den Klassen überhaupt zu verhandeln, so ist dies nur ein Zeichen dafür, daß schon sehr scharfe Mittel angewandt werden müssen, um die durch das Vorgehen des Leipziger Verbandes in ihrer Existenz bedrohten Ärzte bei der Stange zu halten. Tatsächlich werden vielfach Verträge von Ärzten trotz des Verbotes geschlossen. Wo aber Klassen von den ihnen nach dem Gesetz, nach den Beschlüssen des Bundesrates und der preussischen Minister zustehenden Schutzmaßnahmen Gebrauch machen, da sollen nach dem im „Verzinslichen Vereinsblatt“ vom 9. Dezember veröffentlichten Mitteilungen die Ärzte die Verhandlung der Vericherten sogar völlig einstellen, sodaß Kranke und Sterbende ihrem Schicksal überlassen bleiben. Das wäre eine Kampfmethode, die sich von selbst rächen würde. Die Krankenkassen würden einem solchen Vorgehen gegenüber die entsprechenden Gegenmaßnahmen treffen. Einschüchtern lassen sich die Klassen nicht.

Auch ein Zeichen der Zeit.

Der Zentralkomitee der Reichsbank hat am Freitag den Diskont der Reichsbank von 5 1/2 auf 5 Prozent, den Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren von 6 1/2 auf 6 Prozent herabgesetzt. Zuletzt war der Reichsbankdiskont am 27. Oktober d. J. von 6 auf 5 1/2 Prozent ermäßigt worden. Zur Begründung des Beschlusses wurde nach dem Bericht bürgerlicher Blätter in der Sitzung des Zentralkomitees hervorgehoben:

„Wenn diese Maßregel zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungewöhnlich sei — nur in den Jahren 1878 und 1879 sei um diese Zeit der Diskont herabgesetzt worden — so seien auch die Verhältnisse als ungewöhnlich zu bezeichnen. Die Erleichterung, die durch Abschaffung der Konjunktur und durch Verminderung der Barzinsverhältnisse eintrat, habe weiter angehalten. Das Reichsbankdirektorium hoffe allerdings, daß die Ermäßigung des Diskonts der Börse keine besondere Anregung bieten werde und nicht zur Steigerung der Spekulation anregen werde. Mit Rücksicht auf Handel und Verkehr glaubte das Reichsbankdirektorium, angesichts des günstigen Status eine Herabsetzung des Diskonts vornehmen zu müssen.“

Der Beschluß charakterisiert unsere Zeitverhältnisse und unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung: Weil die Konjunktur zurückgegangen ist, also gleichzeitig erfahrungsgemäß viele Hunderttausende von Menschen, die gern arbeiten wollen, dem Hunger überantwortet worden sind, füllen sich die Kassen der Banken verhältnismäßig mit Gold, daß der Zinsfuß herabgesetzt werden muß, um das nutzlos daliegende Gold, wenn auch weniger zinsbringend, in den Verkehr bringen zu können. Damit glaubt man dem Handel und Verkehr einen Dienst zu leisten. Die unzähligen hungernden Arbeiter aber haben so gut wie nichts von dem überflüssigen Golde. Sie müssen weiter hungern und wehe dem, der ein Brot stiehlt! Also auf der einen Seite mit Gold überhäufte Banken und mit Waren gefüllte Fabriken, auf der anderen Seite in jeder Hinsicht darbenbe Volksmassen. Ist das „göttliche Weltordnung“? Zum Teufel mit ihr!

Staatsrechtlicher Terrorismus.

Die lautesten Schreier gegen den „Terrorismus“ sind bekanntlich selber die ärgsten Terroristen. Dafür liefert jeder Tag neue Beweise.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

Der Graf, der, während der Geheimrat sprach, leise auf den Teppich tretend und manchmal stehen bleibend, um kein Wort zu verlieren, hin und her gegangen war, machte eine scharfe Wendung.

„Gut“, sagte er, „sehr schön! aber ich müßte auf alle Fälle der Verkäufer sein.“

„Wie meinen Sie, Herr Graf?“ fragte der Geheimrat.

„Nun, das ist doch einfach genug“, entgegnete der Graf. „Ich als Nachbar und Schwiegerjohn bekomme die Güter entschieden billiger als die Gesellschaft, die überbietet den ganzen Komplex nicht einmal brauchen kann. So will ich doch lieber, was sie braucht, an die Gesellschaft verkaufen, als von der Gesellschaft kaufen. Ich dachte, das wäre klar.“

Dem Geheimrat war es sehr klar, anscheinend klar, doch ersten Augenblick an gewesen, und er hatte nur Zeit gewinnen wollen, sich von seiner Überraschung zu erholen. Der Tag des Grafen war ein Weiserung, welchen er dem jüngeren jungen Stande niemals zugestimmt hätte. Er war in der seltsamen Lage, den Hebräer, welchen er so künstlich entfacht, wieder zügeln zu müssen.

„Bravo!“ sagte er, mir werden einen gewissen Aufschrei an Ihnen haben; ich gratuliere uns und Ihnen in dem Aussehen. Indessen teilen wir das Geld auch nicht, bevor wir den Varen erledigen! Wir rechnen bisher noch immer ohne einen Faktor, der denn doch sehr wichtig ist: ohne die Baronin Barzow selbst.“

„Aber, wenn Sie unter Kontrolle steht und Sie mit dem Grafen in dem Ansturm der Generalmajoritäten können.“

„Nun, das ist zum ersten Oktober! Von dem Tage an, der zugleich ihr fünfzigster Geburtstag ist, hat die Baronin, laut schiedsrichterlicher Verfügung, Sie und Einnahme im Ansturm, das kann also, wenn Sie wollen, eigentlich nur noch ein ihr zugewandter Aufschrei sein.“

„Aber Sie glauben, die Baronin werde unzugänglich für unsere Pläne sein?“

„Ich glaube, daß die Anzeichen der Baronin in dieser nach jeder anderen Richtung zu lernen, die weniger wichtig ist, als die der Baronin selbst.“

Erst vor wenigen Tagen verlangten die Konservativen in ihrer Presse stürmisch, daß ein liberales Berliner Blatt wegen seiner mißliebigen Haltung vom Bahnpostverkauf ausgeschlossen werden sollte.

Am Kasseler Hoftheater wird ein Lustspiel gespielt, das einige satirische Anspielungen auf die Konservativen enthält. Seitdem läuft die konservative Presse täglich Sturm gegen die Theaterdirektion und verlangt die Unterdrückung des Stückes, in dem ein jüdischer Autor deutsche staatsbehaltende Männer verhöhne.

Der Kapitän a. D. Berrius hat im Verlag Köhler-Wilken ein Buch erscheinen lassen, „Der Zusammenbruch“, bezieht, in dem die Schrecken eines deutschen, türkischen Seefriegers geschildert werden. Das gefällt den Altheutschen nicht. Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht einen Brandartikel gegen Buch und Verlag, der in folgender Boykottklärung gipfelt:

Auf eines muß die Firma Köhler sich gefaßt machen, solange in irgend einem deutschen Schaufenster „Der Zusammenbruch“ noch zu sehen ist, solange nicht die Schmachtschrift wider unsere deutschen Seeroffiziere und Matrosen aus dem Buchhandel zurückgezogen ist, wird kein für die Flotte ergötzender Deutscher überhaupt noch irgend ein Werk dieses Verlages sich kaufen, weil er stets befürchtet wird, wieder so — angelehrt zu werden.

Also das friedensfreundliche Buch muß eingestampft werden oder der Verleger wird tot gemacht.

Wenn so etwas in Zivil passiert, kann man sich natürlich über die Freiheit in der Kaserne nicht wundern. Dort genügt es nicht mehr, das Wurmfüllpapier nach sozialdemokratischem Inhalt zu untersuchen, auch die bürgerliche Presse wird unter den Korporalstock gestellt. Die „Voss. Zig.“ meldet:

Das „Neue Vommersche Tageblatt“ in Starzard in Pommern hat aus der „Vossischen Zeitung“ zwei Artikel „Die Entschädigung des Kaisers“ und „Zonaueibungen“ und aus der „Frei. Zig.“ einen Artikel „Militärische Neeregierung“ übernommen. Darauf ist das „Neue Vommersche Tageblatt“ in der Kaserne des Starzarder Grenadierregiments verboten worden. Zunächst sollte dieser Militärboykott sofort in Kraft treten. Da aber die Leser in der Kaserne das Abonnementgeld schon bis Ende Dezember bezahlt haben, soll das Verbot laut Regimentsbefehl nunmehr erst mit dem 1. Januar Geltung erhalten.

Selbst aus der zahmen Tante Voss darf kein Blättchen was abdrucken, wenn es nicht dem militärischen Boykott verfallen will!

Weil die Sozialdemokratie diese herrliche Freiheit der Junker in Zivil und Waffenrock, alles zu unterdrücken, was ihnen nicht paßt, beseitigen will, rufen die Konservativen: Nieder mit dem sozialdemokratischen Terrorismus!

Wünsche der unteren Beamten.

Die Vorstände der Organisationen der unteren Beamten haben in Berlin eine Versammlung abgehalten und der neu gegründeten „Sozialen Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten“ nahegelegt, darauf hinzuwirken:

1. Daß seitens der gegebenden Körperschaften im Reich und in Preußen unverzüglich die erforderlichen Schritte unternommen werden, um die infolge andauernder Teuerung außerordentlich drückend gewordene wirtschaftliche Lage der unteren Beamten noch im kommenden Etatsjahre durch eine Novelle zum Besoldungsgesetz auszureichen zu verfeinern.

2. Daß eine baldige Revision der Gesetze betreffend den Wohnungsgehwitz im Reich und in Preußen durchgeführt und dabei die Wohnungsverhältnisse und das erhöhte Wohnbedürfnis der unteren Beamten und ihrer meist zahlreichen Familien besonders berücksichtigt werde. Außerdem ist der verhältnismäßig höhere Mietaufwand für die kleineren Wohnungen der unteren Beamten in einer entsprechend erhöhten Bemessung des Wohnungsgeldes zum Ausdruck zu bringen.

3. Daß die Bestimmungen über das Arbeitsmaß, die Dienst- und Ruhezeiten und den Erholungsurlaub im Wege gesetzlicher Vorarbeiten zeitgemäß geändert werden.

4. Daß ein den heutigen Verhältnissen angepaßtes einheitliches Beamtenrecht geschaffen werde, das vor allem lebenslängliche Anstellung für alle unteren Beamten und Abschaffung der Arreststrafe bringt.

Arbeiterbehandlung in Staatsbetrieben.

Auf der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven werden sogenannte Unakömmlichkeitsbücher für die militärpflichtigen

Beamten und Arbeiter geführt. Das sind Bücher, in denen die Angehörigen des Verlaufsstandes, die im Mobilmachungsfall die Werft nicht verlassen dürfen, eingetragen werden. Wer Verwaltung und Verlaufsstandes müssen dabei zusammenarbeiten. Um die einzetneten Veränderungen im Militärverhältnis, wie Ueberbeschreiben von der Reserve zur Landwehr I. oder II. Klasse, abgeben festzustellen, müssen die Militärpapiere vorgelegt werden. Durch einen Tagesbefehl vom 28. November wurde das wieder einmal verlangt, das Ressort III führte nun die Anweisung folgendermaßen aus:

„Ressortbefehl.“

Zum Ausgang in allen Betrieben an besonders auffälliger Stelle.

In Ausführung des Werktagessbefehls vom 28. November bestimme ich: Am Dienstag, den 2. Dezember haben sämtliche wehrpflichtigen Handwerker und Hilfsarbeiter und zwar: Reserve, Ersatzreserve, Land- und Seewehr I. und II. Aufgebots ihre Militärpässe den Werkführern vom Marktendienst zu übergeben. Nicht befolgend dieses Befehls wird mit 9 Stunden Lohnabzug bestraft. Die betreffenden Werkführer haben die Militärpässe sofort an das Arbeiterbureau abzugeben.

geg.: Völgerrmann.“

Also, jeder Arbeiter, der einen oder den anderen Tagesbeschluss übersehen hat — und das ist sehr leicht möglich — wird einfach mit einem Lohnabzug von 9 Stunden, das ist ein Tagesverdienst, bestraft. Was das für den Arbeiter bedeutet, scheint der schneidige Ressortdirektor, ein Seeroffizier, nicht zu wissen. So wie mit den Matrosen umgesprungen wird, werden hier freie Arbeiter behandelt.

Preussische Gastfreundschaft. Ueber eine neue Ausweisung aus Nordschleswig wird der „Vossischen Zeitung“ gemeldet: Im dänischen Versammlungshaus in Wiesby (Kreis Lønder), hielt dieser Tage im dortigen „Geselligen Verein“ der frühere dänische Hochschulvorsteher S. Mikkelsen einen Vortrag über die landwirtschaftliche Krise in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Während des Vortrags brangen von verschiedenen Seiten Gedarmen in das Versammlungshaus ein, die den Vortragenden auf dem Rednerpult verhafteten und zum stelloertretenden Amtsvorsteher führten. Da dieser nicht anwesend war, mußte Mikkelsen bis zu seiner Rückkehr, von den Gedarmen bewacht, vor dem Hause auf der Straße warten, wobei es dem Vereinsvorsitzenden, der mitgegangen war, verboten wurde, mit dem Verhafteten ein Wort zu wechseln. Nach Aufstellung des Ausweisungsbefehls wurde der Hochschulvorsteher, ohne daß es ihm vorher erlaubt worden war, mit Teilnehmern der Versammlung zu sprechen, durch einige Gedarmen über die Grenze transportiert.

Der unwürdige Einjähriger. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Vorrichter und Schul haben folgende „Kleine Anfrage“ eingereicht:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß einem jungen Mann, namens Walter Stoeder, in Köln der Berechtigungschein für den einjährig-freiwilligen Militärdienst mit der Begründung entzogen worden ist, daß sich Stoeder als Sozialdemokrat in besonderer Nähe in staatsfeindlichem Sinne agitatorisch betätigt habe?“

Ist der Herr Reichskanzler gewillt, den geschädigten Walter Stoeder wieder in den Besitz der von ihm ordnungsgemäß erworbenen Berechtigung zu bringen?“

Die nationale Rundgebungsfrage. Zustande kommen. Dieser Tage wurde der namendende Weltkund und zu wissen getauft, daß eine Versammlung des 8000 Mitglieder zählenden Nationalen Vereins in Essen eine scharfe Mißbilligungsrundgebung gegen die nationalliberale Fraktion angenommen habe, weil sie sich dem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler anschloß. Jetzt wird bekannt, daß diese Fraktionssammlung von noch nicht 30 Personen besucht war.

Die Reichstagswahl in Offenburg. findet am 3. Februar statt. — Um die gleiche Zeit werden sicher auch die Erntewahlen in Jerichow und in Köln-Land vollzogen werden.

Die beliebteste katholische Kirche. Bei der allgemeinen Tagung des Oberkonsistoriums der evangelischen Kirche zu Göttingen hatte Pastor Dering bei der Predigt die Worte gebraucht: „die evangelische Kirche strebe nicht wie die katholische Kirche nach Macht“. Die Feuilletpresse regte sich über diese Worte stark auf und der Bischof von Strassburg intervenierte bei der Regierung. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ hat die Regierung ihre Mißbilligung und ihr Bedauern über die Äußerung ausgesprochen.

Was nun Pastor Dering mit den Beweisen für seine Behauptung kommen? Sie dürften leicht zu erbringen sein.

Der Kronprinz ist von seiner Stellung als Kommandeur des 1. Leibjäger-Regiments enthoben und in den Generalstab der Armee versetzt worden. Die Versetzung des Kronprinzen ist auf seinen eigenen Wunsch erfolgt.

„Man sagt, sie sei mit ihm verheiratet?“

„Sie wird sich hüten!“

„Weshalb?“

„Weil sie mit diesem Schritt jedes Anrecht auf das Vermögen verliere, das dann direkt an Fräulein von Werben und ihren Bruder fiele, vorausgesetzt, daß sie der Baronin, ihrer Tante, nicht die Lorbeeren nachmachen und sich auch unstandesgemäß verheirateten. Dann hätte freilich niemand etwas davon, als über sie wilde Stimmungen.“

„Ich habe, wie Sie sich denken können, von dem wunderlichen Testament alles mögliche und unmögliche gehört“, sagte der Graf. — „Lohnen und möchten Sie wohl meine Reugier, die jetzt noch kaum zu nennen ist, befriedigen?“

„Ehr' geru“, sagte der Geheimrat. — „die kleine Indiskretion, die ich allerdings damit begehe, schreibe ich unserem Staats-Sekretär auf mein Kredit; aber wo soll ich anfangen?“

„Beim Anfang“, sagte der Graf. — „ich weiß viel, ich weiß wenig, ich weiß gar nichts. — Sie sehen: ich bemerke mich schon mit einiger Leichtigkeit in dem Jargon. Soll ich eine zweite Platte?“

„Danke, danke — ich habe noch einen Besuch vor — in dessen — Sie haben recht; Sie müssen das jetzt wissen, und ich werde mich möglichst kurz fassen.“

Er setzte die Uhr, welche er herausgezogen, wieder in die Tasche; der Graf lehnte sich in seinem Stuhl zurück und begann sich zu schaukeln, während der Geheimrat, gelegentliche Striche auf das Papier zeichnend, ein paar Augenblicke schweigend, seine Erinnerungen zurückzurufen schien.

„Erwarten Sie von mir keine intime Geschichte zu hören; ich könnte keine erzählen, auch wenn ich wollte, denn in Beziehung auf die inneren Verhältnisse, die Seelenzustände der Beteiligten, bin ich nicht besser unterrichtet, als andere Leute auch; und auf die geschäftliche Brücke der Vermählungen und Konjunktur beziehe ich mich höchstens in Generalüberlegungen, wenn die Herren Anwälte sich ganz besonders ungebührlich stellen. Ich werde mich darauf beschränken müssen, die Fakta in chronologischer Folge heranzustellen, also: Sie wissen, daß die regierende Herzogin von ... die Seinerzeitworte unseres Hofes ist Fräulein Valerie von Werben, ebenso wie ihre ältere Schwester Sibylle, waren hier in Berlin mit der Prinzessin aufgewachsen; die Prinzessin hatte, als sie sich verheiratet, zwei Töchter mit sich an den neuen Hof genommen, hernach, als diese heiratete, ließ sie — ich glaube aus Pflicht — die allerdings sehr viel weniger interessanten und pikanten Erbeide nachkommen. Doch das en-

an kleineren Höfen zu unterhalten — in dieser Eigenschaft fungierte. Das schöne und geistreiche Mädchen sehen, lieben, heiraten, aus dem Staatsdienst treten, um ihr ganz Leben zu können, war so ziemlich eins. Das war im Jahre 1840.

Von 40—43 lebten die jungen Gatten in Warnow — wie? beschiede ich mich zu sagen; nach meiner Kenntnis von den Menschen: im Anfang glücklich, dann weniger glücklich, und — ich muß aus den Andeutungen, die mir der Baron im Jahre 43 machte, schließen — zuletzt bereits passabel unglücklich. Der Baron und ich waren Studienfreunde gewesen; er beehrte mich von jeher mit seinem besonderen Vertrauen, hatte bereits wiederholt meinen juristischen Rat in Anspruch genommen, und so war ich denn zur Entgegennahme jener Konfidenzen, die sich übrigens auch nur in Allgemeinheiten hielten, einigermaßen autorisiert. Der Baron wollte eine andere matrimoniale Ditt versuchen: mit seiner jungen Frau reifen, die Welt sehen. Ich riet dringend dazu. Sie gingen nach London, Paris, zuletzt nach Italien, wo sie indessen nur sehr kurze Zeit blieben. Als sie zurückkamen, besuchte mich der Baron wieder: er sah er barmüthig aus; der ewige Ortswechsel hatte ihm die Nerven zerangelt; er hatte das Klima nicht vertragen können und so weiter. Das Wahre von der Sache: er war wirklich krank, daß die Krankheit weniger im Magen und in den Nerven, als im Herzen seinen Sitz hatte, erfuhr, daß er eiferfüchtig war, wir dürfen getroßt annehmen: nicht ohne Grund. Es schien sich anfänglich um mehrere Gründe gehandelt zu haben, die sich aber zuletzt auf einen konzentrierten, dessen Name auch allein genannt wurde: ein gewisser Gregorio Stralbi, den die Baronin noch als Mädchen kennen gelernt, während er sich — in einer untergeordneten Stellung, als Sekretär oder dergleichen der päpstlichen Gesandtschaft — kurze Zeit an dem ... Hofe aufgehalten. Wie dem auch sei: sie hatten Eignung Stralbi in Rom getroffen oder wieder getroffen; ein alter Eindruck wurde aufgefriert, oder eine neue Vision getriefft, die ungewisshaft zur Kategorie der bangereuesten gehörte, obgleich mindestens der Schein gewahrt und dem unglücklichen Gatten ein Rest von Hoffnung blieb, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß er ein Jahr später seine Zustimmung zu einer zweiten Reise nach Italien gegeben hätte. Von dieser kam er nicht ganz so schnell zurück, als von der ersten, dafür aber — allein! Das Klima hatte sich für seine Nerven noch verderblicher gezeigt, so, daß er sich vor dem Ehe nicht wieder erholen konnte, in der Tat auch nie wieder erholt hat, sondern sechs oder sieben Monate noch so hin- und her, und 1845 starb — an gebrochenem Herzen, sagen sie in den Romanen — nach längerem Leiden an einem sehr

schwere, wie es in der Liebesangelegenheit.

Der Baron Morano lernte Valerius Valerie in ... kennen, wo er — wie hatten damals noch die Consolide, Gelände auch

Ausland.

Die Entwicklung der jüdischen Kolonisation Palästinas.

Die traurige Lage der Juden Osteuropas, die infolge sozialer Unterdrückungsmaßnahmen allmählich in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit, gesteigertem Proletariat, kurz gesagt auf ein Niveau hoffnungslosen Elends versetzt worden sind bildet die Ursache von Massenwanderungen, die aber wiederum sorgfältiger Regulierung bedürftig, wenn sie wirklichen Nutzen bringen sollen. Denn die planlose Auswanderung der osteuropäischen Juden bewirkt innerhalb der Einwanderungsländer, namentlich England und Amerika, riesenhafte Konzentrationen des ostjüdischen Proletariats, in der weiteren Folge Massenarmut und andere abnorme Verhältnisse, die sich von denen in den verlassenen Heimatländern nur dem Grade nach unterscheiden dürften. So entstand der Gedanke, die heimtücklichen jüdischen Massen nach dem Orient, insbesondere nach Palästina hinzulenken, und dort die Grundlagen zu schaffen, auf denen sich eine dauernde, großzügige und rentable Ansiedelung weiter entwickeln könnte. Dieser Plan wird gegenwärtig von verschiedenen Seiten her zu verwirklichen gesucht. An erster Stelle Erwähnung verdient die von Baron Jirsch gegründete Jewish Colonization Association (Jca), die ihre Tätigkeit in Palästina im Jahre 1898 begann und im folgenden Jahre die unter der Verwaltung des Baron Rothschild stehenden Kolonien übernahm. Die Jca hat die übernommenen Aufgabe vorzüglich gelöst und auch in den Städten durch wirtschaftliche Hebung der jüdischen Bevölkerung, Selbständigmachung von Handwerkern, billigen Mehlverkauf usw. eine systematische Tätigkeit ausübt. Freilich stehen ihr sehr reiche Geldmittel (ca. 200 Mill. Fr.) zur Verfügung. Unter materiell weniger günstigen Bedingungen arbeitet die im Jahre 1897 von Theodor Herzl gegründete zionistische Organisation. Ihr Zweck der ursprünglichen Lösung, die auf Erlangung eines von der türkischen Regierung gewährten Schutzes, eines Kolonisationsprivilegs für Palästina, abzielte, ist man im letzten Jahrzehnt zu praktischer Arbeit in Palästina übergegangen. Die Gründung mehrerer Bankinstitute, zum Beispiel der Anglo Palestine Company in Palästina, hatte den Zweck, die bestehende Kolonisation finanziell zu unterstützen, neuen Ansiedlern Darlehen zu gewähren, überhaupt den gesamten Ansiedlungsprozess die notwendige materielle Grundlage zu verschaffen. Auch die sozialen Probleme suchte man auf Grund der europäischen Erfahrungen einer Lösung näher zu bringen. Bemerkenswert ist die Heranbildung eines tüchtigen Landarbeiterstandes durch Errichtung von Lehrfarmen, Arbeiterheimen und Arbeiterkolonien. Der dritte Faktor, der auf die Kolonisation Palästinas bedeutsamen, fast ausschließlich kulturellen, Einfluss ausübt, ist der Hilfsverein der deutschen Juden. Seine Tätigkeit richtet sich neben der Organisation der Auswanderung auf systematischen Ausbau des jüdischen Schulwesens in Palästina. Was die ländliche Kolonisation selbst betrifft, so gab es im Jahre 1898 25 Kolonien und 1 landwirtschaftliche Schule mit circa 25.000 Hektar Landbesitz und 4500 Seelen, im Jahre 1912 33 Kolonien und 2 landwirtschaftliche Schulen mit 44.000 Hektar Land und circa 10.000 Seelen. Der Bodenbesitz betrug etwa ein Ackerfeld bis ein Stübchen der bebauten Gesamtfläche Palästinas; es ist zu einem wesentlichen Teil hochwäldiger Pflanzungsböden, so daß der Anteil der Juden am Wert der Holzproduktion in kurzem einen beträchtlichen Teil derselben ausmachen dürfte. Der Wert der gesamten Ernte der Kolonien in Judäa betrug im Jahre 1911 ungefähr 2 1/2 Millionen Fr. Nach dem heutigen Stande der Pflanzungen dürfte allein der jährliche Erntewert der Weizen-, Orangen- und Mandelplantagen bei Vollproduktion auf circa 6 Millionen Fr. jährlich zu veranschlagen sein, wozu noch die Erträge der Feldwirtschaft und Tierzucht zu rechnen sind. Die Rentabilität des Pflanzungsbauens, und zwar der verschiedensten Kulturen, erscheint in Palästina völlig gesichert.

Stimmrecht der Schweizerischen Sozialdemokraten. Die sozialdemokratische Fraktion des Schweizerischen Nationalrates hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Bundesrat wird ersucht, die Frage zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob nicht die Einführung einer direkten Bundessteuer auf Vermögen und Einkommen ins Auge zu fassen und durch statistische Erhebungen über die Vermögens- und Einkommensverhältnisse in der Schweiz vorzubereiten sei.“

Die Bundessteuer soll nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit, beispielsweise von Reinerwerb über 60.000 Francs und von Einkommen über 6.000 Francs erhoben und progressiv ausgestaltet werden.

Der Ertrag dieser Bundessteuer soll zur Durchführung einer grundsätzlichen Umlagerung der Finanzpolitik des Bundes verwendet werden, insbesondere zur Erzielung einer Herabsetzung der die Lebenshaltung verteuernenden Rölle und zur Deckung von Militärausgaben.“

Rundgebung der Suffragetten vor dem Königspaar. Während einer Theateraufführung in London, der auch der König und die Königin beimohnen, veranstalteten die Suffragetten, die davon Kenntnis hatten, daß der König und die Königin das Theater besuchen würden, eine Rundgebung. Sie hatten sich in dem Theater gegenüber derloge, in der das Königspaar Platz genommen hatte, Plätze gemietet und eine Fahne aufgestellt, auf welcher mit großen Lettern zu lesen war, daß man die Frauen, die in den Gefängnissen untergebracht seien, freilasse, und wie dem abzuhelfen sei. Schließlich begannen die Suffragetten, an den König eine Ansprache zu halten, in der namentlich die neuerliche Wiederverhaftung der Frau Vanhursk erwähnt wurde. Während dieser Ansprache erhob sich im Theater ein ungeheurer Lärm. Viele Leute gingen an zu schreien, um die Suffragetten zu überreden. Der Tumult währte so lange, bis die Angestellten des Theaters erschienen und unter großer Mühe die Suffragetten hinaustrieben.

Demonstration in Agrani. Als die Anhänger der Partei Strachowitsch gestern die Waststraße entlang zogen, stellten sich ihnen vier Mann einer Militärpatrouille unter Führung eines Korporals entgegen. Der Korporal kommandierte Halt und ließ die Demonstranten zurück und die Patrouille konnte ungehindert die Kaserne erreichen.

Fortdauer des Kampfes um Tampico. Admiral Fletcher hat aus Washington gemeldet, daß er im Namen der Menschlichkeit gegen die Hinrichtung von Kriegsgefangenen durch die Aufständischen und die Bundesstruppen bei Tampico protestiert habe. Bisher wurden etwa 65 Personen hingerichtet; drei von ihnen sind weiblich. Die Frauen und Kinder der Fremden haben sämtlich Tampico verlassen, nur einige Männer haben es vorgezogen, zurückzubleiben. Nach dem das Feuer auf beiden Seiten kurze Zeit eingestellt war, ist der Kampf von neuem aufgenommen worden. Das mexikanische Kanonenboot „Draugo“ beschieß die Stellung der Konföderation.

Die Deutschen in Mexiko. Die deutsche Gesandtschaft teilt mit, daß weder bei Torreón, noch bei Chihuahua Deutsche angekommen sind.

Gewerkschaftliches.

Stadt und Provinz.

Unternehmergeher für die „Selben“.

Die Direktion der C. Wollhelmschen Schiffswerft in Cosel bei Breslau gibt alljährlich ihren Arbeitern zu wissen, daß das Werk nicht nur keine Ueberflüsse abwerfe, sondern daß unausgeseht Zuschüsse geleistet werden müssen. Aus diesem Grunde und als Bestrafung für die in diesem Jahre von den Arbeitern durchgeführte Lohnbewegung machte Herr Direktor Rischowski bekannt, daß es in der Zukunft nicht mehr möglich sei, für die den Arbeitern gewohnte Urlaubsgeld den vollen Dienstaussfall zu entschädigen. Es soll nur noch der halbe Betrag gegeben werden. Alle bis jetzt unternommenen Versuche des Arbeiterausschusses, die Direktion zur Zurücknahme dieser Anordnung zu bewegen, sind bis heute gescheitert. Für die Arbeiter ist eben kein Geld da. Seit einigen Tagen hat sich nun ein gelber Gewerksverein gebildet. Derselbe keine Häuser kann aber der Direktion nichts nützen, weil sich die qualifizierten Arbeiter für zu ehrlich halten, als daß sie zum Verräter ihrer Mitarbeiter werden. Flugs greift der Direktor in den Geldbeutel und hofft, daß sich die Arbeiter kaufen lassen werden. Herr Direktor Rischowski läßt folgende Bekanntmachung anhängen:

Für diejenigen Mitglieder der Belegschaft, die dem neugegründeten Gewerksverein Cosel Wollheim bis zum 24. 12. 18 beitreten, werde ich selbst während der ersten 13 Wochen im Krankheitsfalle die Unterstützungsgelder aus Fabrikmitteln an den Erkrankten bestreiten.

pp. Cosel Wollheim, Werk und Reberet.

Der Direktor.
gez. Albert Rischowski.

So, nun laßt Euch ankaufen, die Direktion hat viel Geld. Muß das nicht jeden aneilen, der noch einen kleinen Funken von Ehrgefühl in sich trägt? Bemerkten wollen wir noch, daß in den anderen Breslauer Betrieben ähnlich verfahren wird, so unter anderen auch bei Meinede.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

In der am Donnerstag, den 11. Dezember im großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Bevollmächtigte Philipp den Geschäftsbericht für das Jahr 1912. Die wirtschaftliche Lage der Metall- und Maschinenindustrie war eine stark antriebslose. Mit Ausnahme der Lokomotiv- und Waggonbauindustrie waren überall Arbeiterentlassungen und Arbeitszeitverkürzungen zu verzeichnen. In den Eisgießereien war der Beschäftigungsgrad besonders schlecht und fast 25 Prozent der Breslauer Formier hat die Sorgen der Arbeitslosigkeit kennen gelernt. Ganz schlimm stand es im Baugewerbe, wo in einzelnen Berufszweigen, so zum Beispiel bei den Bauanschlägern 75 Prozent arbeitslos sind. Im Wasserbau, in den landwirtschaftlichen Maschinenfabriken überall Arbeitermangel. Die politischen und kriegerischen Wirren am Balkan haben nicht unwesentlich mit dazu beigetragen, die Wirtschaftslage zu verschärfen. Noch ist eine Besserung nicht zu erwarten, sondern das Jahr 1914 wird weitere Verschlechterungen bringen. Noch vor einem Jahre wurde in verschiedenen Betrieben mit Ueberarbeit gearbeitet und leider haben manche Kollegen nicht Maß halten können. Jetzt kommt der Dank des Arbeitgebers, die Arbeitslosigkeit. Das Eindringen der weiblichen Arbeitskraft macht sich in verschiedenen Berufen bemerkbar. Es ist daher ganz besondere Aufgabe der Branchenleiter, hier einzuflehen und diese weiblichen Arbeiter für die Organisation zu gewinnen.

Lohnbewegungen waren 27 zu verzeichnen, die einen Kostenaufwand von rund 65.000 Mark verursacht haben. In dem am Anfang des Jahres 1914 erscheinenden jährlichen Jahresbericht wird ausführlich berichtet werden. Es war für die Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes ein Kampfsjahr das nicht unbedeutende Vorteile für die Mitglieder gebracht. Einen besonders breiten Raum der Berichterstattung nahm der Streik der Bauklemmer in Anspruch, der nach 17 1/2 wöchentlichem Dauer mit einem Erfolg der Streikenden endete. Die Kämpfe werden immer schwerer und andauernder, was grade dieser Kampf am besten beweist. Philipp schloß seine zweifelhafte Ausführungen mit einem kräftigen Appell an alle Kollegen treu und unermüdet mitzuarbeiten. Arbeitgeber und Justiz hemmen sich in halber Eintracht die hordwärts drängende Gewerkschaftsbewegung niederzuringen. Harte Gefängnisstrafen und gesetzliche Bestimmungen sollen den Mut der Arbeiter brechen, doch Druck erzeugt Gegenruck und nur noch fester müssen in der Zukunft die Metallarbeiter aufzutreten.

In der darauffolgenden Wahl zur Ortsverwaltung wurden zu Revisoren die Kollegen Rudolph Schmidt und Reichlich und zu Beisitzern die Kollegen Scholz, Wolf und Schmidt gewählt. Nachdem noch die Wahl der Parteileitung erfolgt war wurde folgender Antrag der Ortsverwaltung einstimmig genehmigt:

Als Weihnachtsgeschenk für Arbeitslose soll am 24. Dezember folgender Betrag gezahlt werden:

- Wandernde Kollegen, welche bis zum 24. Dezember hier zugezogen sind erhalten 2 Mark, Kollegen, welche spätestens am 18. Dezember arbeitslos werden, erhalten:
- bei einer Mitgliedschaftsdauer von 1/4 bis 1 Jahr 3 Mk.
- bei einer Mitgliedschaftsdauer über 1 bis 5 Jahre 6 Mk.
- bei einer Mitgliedschaftsdauer über 5 Jahre 7 Mk.
- Zunahme Kollegen erhalten 3 Mk.

Ausgezeichnete Arbeitslose erhalten in allen Klassen eine Mark mehr. Ausgezeichnete Kranke erhalten, wenn sie ein Unterstützungsgesuch einreichen, je nach der Bedürftigkeit eine Unterstützung.

Trotzdem die Durchführung dieses Antrages mehrere tausend Mark beanspruchen dürfte, wurde derselbe einstimmig angenommen.

Deutsches Reich und Ausland.

Streik der jüdischen Angehörigen in Leeds.

Die Streikarbeiter von Leeds sind am Sonntag in den Auslauf getreten. Der Auslauf, der ganz plötzlich gekommen ist, broht einen großen Umfang anzunehmen. Bereits am Sonntagabend kam es zwischen der Polizei und den Streikenden zu Zusammenstößen. Die Straßenbahnangehörigen greifen die Streikenden an, die noch in Betrieb waren, und jetzt von der Stadtverwaltung mit freiwilligen Führern, meistens Bureauangestellten, besetzt sind. Man sah auch einige Straßenbahnführer mit vornehmen Hüten und eleganten Kleidern. Auch von den drei Gasankaltern der Stadt gegen zwei vollständig still. In der dritten Gasfabrik arbeiten ebenfalls nur „Freiwillige“, aus der Stadt sich meldende Hausleute oder Angestellte usw. Die Elektrizitätswerke können auch nur durch Einstellung Freiwilliger in Betrieb erhalten werden. Die Polizeimacht ist sehr vergrößert worden, da man glaubt, daß die Streikenden die freiwilligen und Streikbrecher angreifen wollen. Die Stadtverwaltung hat mitgeteilt, daß sie absolut nicht nachgeben werde. Sie

ist damit beschäftigt, bereits entzogene Gelder an die Arbeiter anzuziehen. Infolge des Mangels an Gas besteht in vielen Häusern fast vollständige Dunkelheit. Um einigermassen Licht zu schaffen, besaß man sich mit Kerzenlicht. Ein einziges Geschäft verkaufte in der Zeit von einer Stunde am gestrigen Nachmittag den gesamten Vorrat an Kerzen, annähernd 15.000 Stück. Da ferner vielfach wegen Mangels an Gas nicht geheizt werden konnte, so haben sich die meisten Leute mit Spirituskochern und Brennspritzen besetzt.

Gewerkschaftswahl in Weizen. Einen schönen Erfolg der freien Gewerkschaften bedeutet der Ausfall der Wählerwahl zum Gewerkschafts-Meilen-Land. Es waren je 20 Arbeiter- und Unternehmerwähler zu wählen. Von den Arbeitern machten 231 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Es entfielen 2152 Stimmen auf die Liste des Weizen-Gewerkschaftsvereins und 99 auf die der vereinigten Christlichen und Weizen. Die freien Gewerkschaften erhaltn 19 Siege und die Gegner einen. Weiter gelang es, auf eine für die Unternehmer aufgestellte Liste des Gewerkschaftsvereins so viel Stimmen zu verteilen, daß auch hier noch drei weitere Mandate erobert wurden. Derselbe Erfolg ist umso höher anzusehen, als sich die Nationalen die verzweifeltste Mühe gaben, ein besseres Resultat zu erreichen.

Ärzte und Krankenkassen. In Eberfeld und Wagramen hat sich der Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen so entwickelt, daß es am 1. Januar voraussichtlich zum Kampf kommen wird. Die Ärzte stellen sich in beiden Städten strikte auf den Standpunkt des Leipziger Verbandes und verfechten konsequent die Beschlüsse des diesjährigen, in Eberfeld stattgefundenen Verbandes. Die Krankenkassen sind außerstande, den Forderungen nachzukommen. Bisher wurden in Eberfeld für jeden Versicherten 8 Mk. an die Krankenkasse bezahlt, in Wagramen 7 Mk. Die Ärzte verlangen nun in beiden Städten Erhöhung auf 12 Mk. für jeden Versicherten. Vergleiche haben die Ortskrankenkassenverbände in beiden Orten eine Einigung herbeizuführen versucht und den Ärzten 8,50 Mk. pro Mitglied geboten. Dies Angebot haben die Ärzte rundweg abgelehnt und zu erkennen gegeben, daß sie auf jeden Fall den Kampf wollen. Unter dem Druck des Ärztevereins haben sämtliche Ärzte in Eberfeld einzeln das Angebot der Krankenkassen zurückgewiesen. Deshalb haben die Krankenkassen sich gezwungen gesehen, zum 1. Januar festangestellte Ärzte zu einem Jahresgehalt von 10.000 Mk. zu suchen. Genau so wie in Düsseldorf haben sich auch in Eberfeld zahlreiche Ärzte gemeldet. Bei der Regulierung in Düsseldorf wurde die Genehmigung zur Anwendung des § 870 R.-U.-O. beantragt. Bieten die Ärzte trotz allen Entgegenkommens der Krankenkassen nicht die Hand zum Frieden, werden die festangestellten Ärzte die Krankenkassen auszuweichen haben und die Versicherungen im Drittel des Krankengeldes für ärztliche Behandlung gezahlt erhalten.

Krankenkassenwahlen in Dresden. In Dresden sind die Anhänger der Liste des Gewerkschaftsvereins zur Wahl gegangen, so daß in einigen Wahllokalen zeitweise ein bedauerliches Gedränge entstand. Auch die Frauen und Mädchen haben ihre volle Schuldbigkeit geäuert.

Von den Arbeiterinnen wurden in Dresden 5150 Stimmen abgegeben, davon erhielt die Liste 1 (Gewerkschaftsliste) 4789 Stimmen und die Liste 2 (nationaler Ausschuss) 4140 Stimmen. Auf die Liste des Gewerkschaftsvereins entfielen demnach 55 Siege im Ausstich und auf die Liste der Gegner 5.

Von den Arbeitgebern wurden aufgenommen 5503 Stimmen abgegeben, davon erhielt die Liste 2 (freie Vereinigung der Arbeitgeber) 461 Stimmen und die Liste 1 (vereinigte Arbeitgeber), das ist die Liste der Industriellen, 5351 Stimmen. Auf die letztere Liste entfielen 28 und auf die erstere 2 Siege im Ausstich. In den Vorstand der Krankenkasse werden die freien Gewerkschaften 18, die Nationalen 1 Vertreter entsenden.

Das sollte den Breslauer Arbeitern und besonders den Arbeiterinnen ein Vorbild für die kommende Krankenkassenwahl sein.

Zum Streit zwischen den Ärzten und den Krankenkassen. Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden, haben sämtliche medizinischen Fakultäten der deutschen Universitäten sich in einer Eingabe an den Reichsanwalt bewandt, um einer erdächtigen Einigung zwischen dem Ärzteverband und den Krankenkassen die Wege zu ebnen.

Von den Separatisten in Oesterreich. Ueber die Stärke der tschechisch-separatistischen Gewerkschaften schreibt Abgeordneter Rjemenz in der Prager „Korrespondenz“, daß der separatistischen Gewerkschaftskommission zur Zeit mehr als 107.000 Mitglieder angehören, daß diese Gewerkschaften im Jahre 1912 über anderthalb Millionen Kronen an Unterstützung ausgegeben haben und daß ihr Vermögen bereits über zwei Millionen Kronen betrage.

Die Wiener Eisenbahner protestieren in einer großen, weit überfüllten Versammlung gegen die vertriebene Haltung, die das Eisenbahnministerium für ihre sehr berechtigten Wünsche nötig zu haben glaubt. Es wurde eine Resolution angenommen, die eine energische Abhilfe der traurigen Lage der Eisenbahner fordert.

Kündigung in Steiermark. In Graz traten die Vertrauensmänner der Buchdrucker ganz Steiermarks zusammen. Sie beschloßen einstimmig, daß alle Buchdrucker des Landes am Sonntag ihre Arbeitsstellen kündigen sollen.

Verband der Bureauangestellten. Die für Dienstag, den 16. d. M. anberaumte Versammlung wird erst am Donnerstag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses abgehalten. Die Ortsverwaltung.

Parteiangelegenheiten.

Einigung in England in Sicht.

Das Internationale Sozialistische Bureau hielt am Sonntagabend in London mit den drei sozialistischen Sektionen Englands eine gemeinschaftliche Sitzung ab, um die sozialistische Einigung in England anzubahnen. Das I. S. Bureau hatte bereits am 18. Juni eine Grundlage zur Einigung gefunden: Bildung eines gemeinschaftlichen sozialistischen Rates und der Beitritt der British Socialist Party zur Labour Party (Arbeiterpartei). Dann stellte die I. S. P. die Bedingung, daß sie, ehe sie sich zu diesem Schritt entschließen könne, von der Independent Labour Party (Unabhängigen Arbeiterpartei) und der Fabian Society (Fabianer Arbeiterpartei) schon angeschlossen sind, das Verprechen haben müsse, daß diese beiden Organisationen mit ihr eine Verfassungsänderung der Arbeiterpartei beantragen werden, so daß es in Zukunft einem Kandidaten der Arbeiterpartei gestattet werden sollte, sich Arbeiterkandidat und Sozialist zu nennen. Heute darf sich nämlich ein solcher Kandidat nur Arbeiterkandidat nennen.

In einer Sonder Sitzung einigten sich die Engländer auf folgende Resolution:

„In Anbetracht, daß es wünschenswert ist, die sozialistische Einigung auf der Grundlage der gemeinsamen Aktion mit der Arbeiterpartei herbeizuführen; erachtet diese Konferenz die Vertreter der drei Körperschaften, ihren Mitgliedern die Frage vorzulegen, ob dem 1913 stattfindenden Parteitag der Arbeiterpartei der Antrag unterbreitet werden soll, jedem Kandidaten, der es wünscht, zu gestatten, sich als Arbeiter- und sozialistischer Kandidat zu bezeichnen.“

Die erhaltene Konferenz beschloß ferner, sofort überall im Lande Versammlungen einzuberufen, in denen Vertreter aller drei Sektionen für die Einigung einzutreten sollen. Es wurde ein gemeinsames Komitee ernannt, das diese Versammlungen einzuberufen wird. Diese Versammlungen werden in gemeinsamer Sitzung dem Bureau mitgeteilt, so die englischen Genossen zu dem erreichten Resultat beglückwünscht.

Fortsetzung des Breslauer Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Table listing various businesses and their locations in Breslau, including categories like Optiker, Spielwaren, Werkzeugzeuge, and others.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Main directory table listing businesses across various provinces like Oberschlesischer Industrie-Bezirk, Beuthen O.-S., Kattowitz, Ratibor, Brieg, Glogau, Gorkau, and others.

Nähere Umgebung Breslaus. Cosel. Bäckerei. Klempner.

Krankenkassen und Ärzte! Öffentliche Versammlung der Kassenmitglieder, Arbeitgeber und sonst Beteiligten. Redner sind die Stadtvv. Scholich u. Zimmer.

Morgen Dienstag in der
„Neuen Börse“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Dezember.

Die sogenannten Volksvertreter.

Sehr unzufrieden ist die Schafmacherpresse mit dem gegenwärtigen Reichstag. Kein Tag, wo sie nicht sein ganzliches „Versagen“ in patriotischen Angelegenheiten feststellt, das kräftige Wortlein, das der Reichstag aber in den ersten Tagen gegen den Skandal von Jauern riskierte, hat den schweren Unmut aller Junker und Junkerrechte erregt. Sogar die alte Freundschaft mit dem Zentrum schüßt da nicht vor Liebesswürdigkeiten. So sagt der Tennisprediger der „Schles. Ztg.“:

„Über den rednerischen Leistungen, die sozialdemokratische, fortgeschrittliche, elässische Abgeordnete und auch der immer von der Großmannslichkeit geplagte Herr Erzberger vollbracht haben, regen sich Empfindungen, die sich in höflicher Form schlechterdings nicht zum Ausdruck bringen lassen.“

Das Koalitionsrecht zu schliken, ist man auf peinlichste bemüht, gegenüber dem Koalitionsrecht sucht man die Maßlein: „Da kann man nichts machen.“ Wie lange noch soll es dauern, daß Arbeiter, die einen friedlichen Zustand nicht machen wollen, ihres Lebens nicht mehr sicher sind, daß die sich der sozialdemokratischen Gewalttätigkeit nicht beugen wollen, aus Arbeit und Lohn getrieben werden dürfen, ohne Schutz zu finden, daß Handwerksmeister, die die Schlichter nicht mithalten und in ihnen nicht inserieren wollen, weilos dem Boykott ausgeliefert werden, daß der Gewerbetreibende, der von der ihm gesetzlich zustehenden Freiheit der Stimmabgabe bei den Wahlen in seinem Sinne und nicht in dem der Sozialdemokratie Gebrauch macht, von dieser bestraft werden kann? Wie lange noch?

Für den letzten Fall gibt es ja ein bequemes Mittel — die geheime Wahl! Da aber die Junker ihren Terror gegen den Mittelstand, besonders auf dem Lande, aufrecht erhalten wollen, lieben sie die öffentliche Wahl. Auch vom Boykott von Gewerbetreibenden könnten wir ein Liedchen singen! Eines der größten Breslauer Verjandshäuser darf in der „Volksmacht“ nicht mehr inserieren, weil ihm von Kreisen, die der „Schlesischen Zeitung“ sehr nahe stehen, der Boykott angedroht wurde und Goldberger Geschäftsleute haben und dringend, ihren Namen aus dem Bezugsquellenverzeichnis herauszulassen, weil sie sonst von den Agrariern ruiniert würden. An dem Galan, den die „Schlesische Zeitung“ errichten will, werden also bald ihre liebsten Freunde haumeln. Aber immer wieder meldet sich ihr Zweifel an diesem Reichstag:

Ob mit diesem Reichstage Gesprächliches durchzusehen ist, darüber mag man freilich darüber im Zweifel ein. Aber das enthält die Regierung nicht von der Pflicht, ihrerseits den Versuch zu machen, den größten Mistständen einen Regel vorzuschreiben. Wenn sie Mittel vorschlägt, zu denen die breiten Schichten des Mittelstandes, die doch den Kern des Volkes ausmachen, Vertrauen haben können, dann wird sie auch genug Rückhalt im Volke finden, um selbst einem widerwilligen Reichstag das abringen zu können, was im Interesse der Gesamtheit notwendig ist. Wenn der Reichstag eine wirkliche und nicht nur eine „sozialistische“ Volkserziehung sein will, wird auch er sich dieser Aufgabe trotz des Widerstrebens unserer nach unten liebedienlichen Demokratie nicht entziehen können.

Schließlich ist ja auch dieser Reichstag nicht unerträglich. Wenn die großen wirtschaftlichen Fragen an ihn herangetragen werden, wird es sich ohnehin zeigen müssen, ob er den an ihn zu stellenden Anforderungen gewachsen sein wird.

Ja, ja — dieser Reichstag mit den 110 Mann ist eine harte Nuß, den „Anforderungen“ der Volksrechtler entspricht er nicht ganz — hat er es doch gar gewagt, den Besitzenden Steuern aufzuerlegen. Nun soll er dem Mittelstande denunziert werden. Dabei haben fünf Reichstage, in denen die schwarze Bande dirigierte, dem Mittelstande nichts weiter als Phrasen und Schaumflöße geboten! Da war der diesmalige mit seinem Wehrbeitrag und der Vermögenszuwachssteuer immer noch der beste!

Unten durch!

Nachdem der stenographische Wortlaut der Jahrhundertallereden des Herrn Oberbürgermeister Matting einwandfrei festgestellt ist, beschneigt ihm eine nach der anderen von den rechtsstehenden Parteien, die eben im Begriff waren, ihn wie einen Liebling zu hätscheln, seinen großen Sündenfall. In gemessenem Haß tut das die Schlesische Tante:

Es ist sehr freundlich von dem Herrn Oberbürgermeister, daß er so für den Frieden der Stadt sorgt. Den Panjabund hat er doch wohl nur aus Versehen zu erwähnen unterlassen! Wir freilich stehen auf einem andern Standpunkte. Wir halten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des bürgerlichen Lagers nicht für eine solche gefährliche Störung des Friedens wohl aber erscheint uns die Lässigkeit der Sozialdemokratie unter allen Umständen als friedensstörend und staatsfeindlich.

Derber fällt schon die Rüge der „Schlesischen Volkszeitung“ aus:

Wenn Herr Oberbürgermeister Matting tatsächlich von Parteien gesprochen hat, die wie die Sozialdemokratie oder doch annähernd so den Frieden der Bürgerlichkeit stören, und wenn er in diesem Zusammenhang Antisemiten, Bund der Landwirte und Katholikentag genannt hat, so ist das eine schwere Beleidigung nicht nur eines sehr großen Teiles der Breslauer Bürgerschaft, deren Interessen der Oberbürgermeister in unparteilicher Weise wahrzunehmen berufen ist, sondern auch eine Beleidigung der genannten Parteien insgesamt, gegen die in schärfster Weise Ver-

wahrung eingelegt werden muß. Wir möchten auch jetzt noch annehmen, daß die oben zitierten Sätze nicht seine wahre Meinung wiedergeben und daß sie ihm nur in der Erregung des Augenblicks entflohen sind, oder daß er in der Rage ist, das Stenogramm als unrichtig zu bezeichnen. Sollte eine Erklärung in dem einen oder anderen Sinne nicht erfolgen, so muß Herr Oberbürgermeister Matting sich darüber im klaren sein, daß er so ziemlich überall angestoßen hat. Für einen Mann in seiner Stellung ist das kein gerade angenehmes Bewußtsein.

Das letztere haben wir gleich nach der Sitzung behauptet, als rings im bürgerlichen Blätterwalde alles noch fest schlief! Die „Schles. Volksztg.“ ist natürlich ganz einverstanden, wenn der sehr erhebliche sozialdemokratische Teil der Bürgerschaft beleidigt wird, wenn ihn der Bürgermeister nicht unparteilich behandelt, aber wir — wir Gotteskinder haben natürlich mehr zu verlangen. Inzwischen ist nun auch die „Schles. Morgenzeitung“ munter geworden, die unser Referat über die Rede hochmütig als sozialdemokratische Verhöhnung bezeichnet hat und sich jetzt selber darauf stützen muß:

Jetzt (heißt?) hat sich die Presse aller Parteien der an sich unerquicklichen Angelegenheit bemächtigt. Unwidersprochen bleibt nun die Behauptung, daß Oberbürgermeister Matting die Antisemiten, den Bund der Landwirte, den Katholikentag und den Gustav-Adolf-Verein mit der Sozialdemokratie auf eine Stufe gestellt und sie als Störer des Friedens der Bürgerschaft bezeichnet haben soll. Wir erwarten von dem auch von den rechtsstehenden Stadtverordneten einstimmig gewählten Oberbürgermeister eine befriedigende Erklärung darüber, ob er sich einer derartigen ungläubigen Beleidigung weite Teile der Bürgerschaft schuldig gemacht hat. Vorläufig können wir diese bisher nur von linksstehender Seite gebrachte Darstellung als ungläublich bezeichnen, wie wir das bereits am 11. Dezember taten. Herr Oberbürgermeister Matting wird nicht umhin können, klar und klar festzustellen, was er eigentlich gesagt hat. Sollte er dadurch die Besäufnisse des sozialdemokratischen Blattes befriedigen, so verlangen wir von seiner Loyalität, daß er die Äußerungen zurücknimmt selbst und den durch diese Worte gestörten Frieden der Bürgerschaft wiederherstellt.

Da haben wir die Bescherung! Die empfindlichen Herren von der Rechten brauchen nur von weitem angeklippt zu werden, da ist der Teufel los, wenn gegen Sozialdemokraten geht, hat alles seine Richtigkeit. Obwohl wir also schließlich in die Rolle des lachenden Dritten gedrängt werden, möchten wir Herrn Matting doch gegen den in der „Schles. Ztg.“ erhobenen Vorwurf in Schutz nehmen, daß er den besonders friedlichen Gustav-Adolf-Verein, unter die Friedensstörer aufgenommen habe. Dieser Verein ist nicht vom Oberbürgermeister, sondern von der „Schles. Volksztg.“ juristisch genannt worden, um ein möglichst harmloses Gegenstück zum Katholikentag zu haben. Sein Name wurde dann in der betreffenden Stadtverordnetenversammlung von anderen Rednern erwähnt und geriet so auch mit in die oberbürgermeisterliche Rede, ohne besonders approbiert zu sein. Eine böse Absicht lag da wirklich nicht vor.

Aber das alles wird Herrn Matting kaum retten können. Da er nicht den geraden Weg einschlug und sagte: Was Vender versprochen hat, das halte ich, mag kommen, was da kommen mag, sondern da er sich durch Ansprüche und Versprechungen hindurchschlängeln wollte, mußte das entstehen, was gekommen ist: er löst überall an und wird überall aufmerksamer gemacht, daß man mit ihm höchst unzufrieden ist, er sitzt sozusagen zwischen drei Stühlen!

Schulgeld für die gewerbliche Fortbildungsschule.

Was der Magistrat jüngst in einer Vorlage ankündigte, das hat sich jetzt zu dem Antrage verdichtet, auch für die weibliche Fortbildungsschule von den Arbeitgebern ein Schulgeld zu erheben. Dieses Schulgeld soll vom 1. April 1914 an halbjährlich betragen für Schulpflichtige bei Arbeitgebern, die veranlagt sind zu einem Gewerbesteuerfusse von 40—88 Mark 2 Mark
- 96—144 3 Mark
- 156—192 4 Mark
- 228 Mark und mehr 5 Mark

Zur Zahlung des Schulgeldes, soll der erste Arbeitgeber verpflichtet sein, bei dem der Schulpflichtige im Laufe des Schuljahres beschäftigt ist. Schulpflichtige bei Arbeitgebern, die zu einem Gewerbesteuerfusse bis zu 36 Mark veranlagt sind, sollen kein Schulgeld zahlen. Zur Begründung seines Antrages führt der Magistrat aus:

„Die Stadtverordnetenversammlung hat sich am 9. März 1911 grundsätzlich mit der Erhebung von Schulgeld an der kaufmännischen Fortbildungsschule einverstanden erklärt. Die damals beschlossenen Schulgelddätze sind gelegentlich der Neuaufstellung des Ortsstatuts, der die Versammlung am 17. März 1913 zugestimmt hat, geändert worden. Bei diesen geänderten Sätzen soll es auch weiter bleiben. In unserem Antrage vom 10. Januar 1911 haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die allermeisten Städte von dem gesetzlichen Rechte, an den Fortbildungsschulen Schulgeld zu erheben, Gebrauch gemacht haben, und damit über den Grundhof, daß der Schulzwang die Schulgelddätze freiheit zu Folge haben müsse, hinweggegangen sind. Nachdem das auch bei uns hinsichtlich der kaufmännischen Fortbildungsschule geschehen war, mußte aus Gründen der Gerechtigkeit auch der Frage der Erhebung von Schulgeld an der gewerblichen Fortbildungsschule näher getreten werden, wie wir das in unserem Antrage vom 10. Januar 1911 auch bereits angedeutet hatten. Außerdem können wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß wir mit einer größeren Erhöhung des verhältnismäßig sehr niedrigen Staatszuschusses zu den jährlich steigenden Kosten für unsere städtische Fortbildungsschule nur rechnen dürfen, wenn wir die Schulgelddätze auch an der gewerblichen Fortbildungsschule durchsetzen.“

Wir haben neuerdings in allen preussischen Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern Umfrage gehalten. Die über die gegen die Mehrzahl dieser Städte erhebt bereits Schulgeld auch an den gewerblichen Schulen oder sie sind im Begriffe, dazu überzugehen. Wir glauben daher, auch bei uns an der gewerblichen Fortbildungsschule Schulgeld erheben zu sollen, halten es aber für richtig, zur möglichen Schonung des Handwerks das Schulgeld in gleicher Weise wie an den kaufmännischen Fortbildungsschulen nach Gewerbesteuerfüssen verschieden hoch festzusetzen.

Zunächst sollen, wie an der kaufmännischen Fortbildungsschule, alle Arbeitgeber, die zu einem Gewerbesteuerfusse von bis zu 36 Mark veranlagt sind, von der Verpflichtung zur Schulgelddahlung überhaupt befreit sein. Das Schulgeld für die übrigen Schüler soll je nach den oben angegebenen Gewerbesteuerfüssen 2, 3, 4 oder 5 Mark halbjährlich betragen. Mit diesen Beträgen glauben wir dem berechtigten Verlangen nach Schonung der wirtschaftlich Schwächeren in sehr weitem Maße entgegenzukommen. Es wird bei diesem Verfahren nach den jetzigen Unterlagen mit einer Schulgeldeinnahme von etwa 80.000 Mark an der gewerblichen Fortbildungsschule zu rechnen sein.“

Die Erhebung des Schulgeldes für die gewerbliche Fortbildungsschule steht auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am nächsten Donnerstag.

* **Auswahlwahlen der Frauen an zwei Tagen.** Der Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse macht bekannt, daß auch die weiblichen Kassenmitglieder an zwei Tagen wählen dürfen, am 19. und 20. Januar von 12 Uhr mittags bis 3 Uhr abends im großen Saale des Schießwerders. Es haben zu wählen am 19. Januar die Buchstaben A bis K, am 20. Januar die Buchstaben L bis Z.

* **Weitere Auswahlwahlen.** In den nächsten Wochen werden in zahlreichen Ortskrankenkassen die Auswahlmitglieder gewählt. Die Schloßer wählen am 28. Januar im Pariser Garten, die Töpfer am 26. Januar im Gewerkschaftshaus, die Schuhmacher ebenfalls am 26. Januar im Cafe Restaurant. (Siehe Anzeigen in der Sonntag-Nummer.)

* **Veranlagung zum Wehrbeitrag.** Der Vorstehende der Einkommensteuer-Kommission für den Stadtkreis Breslau fordert alle Steuerpflichtigen, die ein Vermögen von mehr als 20.000 Mk. oder bei mehr als 4000 Mk. Einkommen mehr als 10.000 Mk. Vermögen haben, auf, sich für den Wehrbeitrag zu veranlagern. Die Vermögenserklärungen sind vom 4. bis 20. Januar 1914 abzugeben.

* **Die Kriegsveteranen** erhalten in diesen Tagen die Ehrengabe der Stadt von 30 Mark ausgehändigt. Es handelt sich um etwa 1200 alte Kriegsteilnehmer, denen die Unterstützung in der Stadthauptkasse ausgehändigt wird.

* **Zwangswise versteigert** werden demnächst vom hiesigen Amtsgericht folgende Grundstücke: Charlottenstraße 68, Gohlfstraße 100 am 26. Januar, Dpischstraße 58/60, Rehdigerstraße 30, Sprudelstraße 1 am 23. Januar, Fichtelstraße 14, Goethestraße 140 am 22. Januar, Hölzelwischstraße 26, Eichenparckstraße 32/34 am 20. Januar, Viktoriastraße 64 am 26. Januar, Rosenstraße 17 am 2. Januar, Augustastrasse 133 am 9. Februar.

* **Eine Erwerbung aus der Ausstellung.** Der Magistrat beantragt, daß der im Innenhof des Gebäudes der historischen Ausstellung befindliche Wallas-Uhene-Brunnen samt den ebenda befindlichen vier Kunstfontänen für 1200 Mark angekauft wird, da das Gebäude für andere Ausstellungen oder Veranstaltungen erhalten bleiben soll und der Brunnen mit der Befestigung des Brunnens viel von seinem Reize verlieren würde, wenn der Brunnen herausgerissen würde.

* **Städtische Grundstücksankäufe im Innern der Stadt.** Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung folgende Grundstücke anzukaufen: Wiltnerstraße 15 und Malergasse 16, 20, 21 für 88.500 Mark, Oderstraße 31/Große Fleischbänke 17/23 für 89.000 Mark, Weisberggasse 28 für 21.500 Mk. und Neue Weltgasse Nr. 24 für 11.900 Mk. Der Kaufpreis beträgt also im ganzen 109.000 Mark. Diese Grundstücke liegen in dem Teile der inneren Stadt zwischen Oder-Straße, Maler-Gasse und Neue Weltgasse, wo die Stadtgemeinde bereits zahlreiche Grundstücke besitzt. Der Magistrat hat diesen Besitz erworben, um die verkehrshindernden Grundstücke auf der Südseite der Malergasse und am westlichen Ausgange der Engelsburg beseitigen und bei der späteren hochklimmatischen Durchlegung der Engelsburg nach dem Durchgange für die angrenzenden städtischen Grundstücke besser auszunutzen zu können. Es ist dem Magistrat deshalb die Gelegenheit erwünscht, in dieser Gegend weitere Grundstücke zur Abrundung des städtischen Besitzes zu annehmbaren Preisen zu erwerben.

* **Eingiehung des Altkasewegs.** In der Verlängerung der Siebenhufenstraße bis zum Dominium Gräbchen verlaufende schmale Altkaseweg durchschneidet zwischen der Kopischstraße und der Umgehungsbahn einen Baublock und die Grundstücke der Vereinigten Königs- und Laurabütte (Montanagellschaft) sowie der offenen Handelsgesellschaft J. Kemna. Die beteiligten Grundeigentümer hatten vorher die Eingiehung und Einbeziehung des Wegs in ihre Grundstücke beantragt, angeblich weil er sehr wenig benutzt und während des nachts von nichtsehemem Bestände aufgeschüttet wurde. Die städtische Bauverwaltung hat die Eingiehung des Wegs am 20. August 1912 ohne Anlegung eines Ersatzweges beschlossen, da die Kopischstraße mit ihren Quertreibern in Verbindung mit der Gräbchenstraße für den Verkehr völlig ausreicht. Ob die Stadtverordnetenversammlung dazu ihre Zustimmung gibt, steht dahin.

* **Verzicht, Spaziergänger.** In einem der letzten Abende lief ein Spaziergänger auf der Kopischstraße in Carlomag Gasse, die Augen ausgekratzt zu bekommen. Der Mann fragte zwischen dem Franziskaner- und Uchulnacktenkloster auf der Nordseite der Straße, nicht am hohen eisernen Zaun. Die Straße ist zwar beleuchtet, aber die Lampen stehen ziemlich in der Mitte der breiten Straße, und an den Seiten ist es daher ziemlich dunkel. Wichtig freilich dürfte es sein, daß es keine Augen nicht traf. Nicht am eisernen Zaun ist nämlich außerhalb der Straße Gesträuch gepflanzt, das für Spaziergänger ist und seine Zweige weit durch den Zaun auf die Straße lenkt, ohne daß dieser jemand daran gedacht hat, dieses Gesträuch zu beschneiden.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erstausgabe 8mal wöchentlich.

Der Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Alkoholfreie Getränke
= Bilz-Sinaloo =
Brauerei Brause, 2111.
Thomas Brause, 2111.

Aluminium-Küchenwar.
Epy-Ges. Breitenstr. 3, durch. Preisw.

Bäckereien und Konditoreien
Beder, August, Melanstraße 5.
Froth, Carl, Odenstraße 29.
Froth, Carl, Odenstraße 29.
Froth, Carl, Odenstraße 29.

Badeanstalten.
Wetzig, Bad, Neue Gasse 14.

Badewannen.
Rielmann, Fr., Baumgartenstr. 178, 5% R.

Bandagisten
Graf, Karl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.

Betten u. Bettfedern.
Beder, C. Subfischmarktstr. 4, pt. I, II, III.
Cohn, Max, Adlerstraße 10.
Geschw. Kapet, Andersenstraße 2.
Tschick, E., Schwanstr. 7a, pt.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Brauerei Sacrau, G.m.
Brauerei „Zum Nussbaum“,
einget. Genossenschaft m. b. H.

Genossenschaft-Brauerei, Ebanwirts.
Giesmannsdorfer
Brauerei Friedr. Schillingstr. 2.
Grüner Hof, Reußstr. 64, 2. Stock.

Hopf & Gärde Jubiläum-Biere.
Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
N. Jäkel, Lagerbierbrauerei u. G. u. C. Erbsen, Reußstr. 64.
Cypria, Dresden, Al. Hauptstr. 8/10.

Bier-Apparate, Kohlensäure.
Rohmann, Alf., Baumgartenstr. 11.
Schulze, Paul, Schillingstr. 53.

Billard-Fabriken
Keiser, Gade Chamerstr. 42.
Fürsten-Fabriken
Bock, G., Gröblichstr. 73, n. Seiten.
Hübner, Max, Reußstr. 64.
Hübner, Max, Reußstr. 64.
Hübner, Max, Reußstr. 64.

Café
Café „Globe“, Al. Hauptstr. 8/10.
Café „Victoria“, E. Reich, Al. Hauptstr. 8/10.

Damen-Konfektion
Rösel, Felix Odenstr. 7.
Fischer, Modewerk, Schillingstr. 42.

Drogen und Farben
Kugler, August, Al. Hauptstr. 22.
Kugler, August, Al. Hauptstr. 22.

Eisen- u. Stahlwaren
Fischer, Carl, Al. Hauptstr. 8/10.
Fischer, Carl, Al. Hauptstr. 8/10.

Fabrikanten und Kleidermacher.
Borch, Johann 21, Tel. 10144.
Borch, Johann, 21, Tel. 10144.

Gewand, Wilhelm,
Gartenstr. 54, Tel. 10144.

Wiehle & Kegel
Färberei u. Wäscherei
Craze, Josef, Schillingstr. 18.
Kelling, W., Al. Hauptstr. 11.
Kiedel, M., Al. Hauptstr. 11.

Fleischeren u. Wurstfabriken
Ackermann, Karl Reußstr. 40.
Ackermann, Karl, Reußstr. 40.

Grim, W., Al. Hauptstr. 11.
Grim, W., Al. Hauptstr. 11.

Rümmel, Friedr. Al. Hauptstr. 11.
Rümmel, Friedr., Al. Hauptstr. 11.

Lindner, Fritz Al. Hauptstr. 11.
Lindner, Fritz, Al. Hauptstr. 11.

Mittiche, S., Al. Hauptstr. 11.
Mittiche, S., Al. Hauptstr. 11.

August Schneider Wappfabrik.
August Schneider, Wappfabrik.

Fische u. Meereswaren
Fische u. Meereswaren

Galanterie- und Spielwaren
Rauß, Gröblich, Zor, Reiner, Gröblichstr. 25.
Reiner, Gröblich, Zor, Reiner, Gröblichstr. 25.

Gardinen, Teppiche
Blieschowsky Gd. Jr., Al. Hauptstr. 11.
Blieschowsky Gd. Jr., Al. Hauptstr. 11.

Gasthäuser u. Hotels
Dampel, Karl, Schillingstr. 17.
Dampel, Karl, Schillingstr. 17.

Glaser- und Bildereinrahmung.
Dörbe, Mag., Reußstr. 41, Rep.

Grabdenkmäler
Schmidt, N. Adalstr. 114/121 T. 2889.

Grab- und Türschilder
Gunderoy, J., Fischergasse 2.

Handsch., Herrnwäsche, Krawatt.
Görke, Emil, Reußstr. 10.

Haus- u. Küchengeräte
G. u. Porzellanhdig.
Spezial f. Glas-, Porzellan, Stein- u. Bronzefabrikationen.

B. Gensert Reußstr. 42.
B. Gensert, Reußstr. 42.

P. Kinscher Sonnenplatz.
P. Kinscher, Sonnenplatz.

Herren-Artikel.
Tanz, Oskar, Reußstr. 60, (Wäsche).
Jöner, G., Schillingstr. 64, 65.

Herren-Garderobe
Chorinck & Jacobson, Reußstr. 60/61.
Chorinck & Jacobson, Reußstr. 60/61.

Getragene Massgarderoben
für jede Figur, billig, gut abgetrennt.
Kaufhaus für Herrenkleider u. n. b. H.
Neue Schweidnitzerstr. 6.

Knauerbase, W. 16 Reußstr. 16.
Knauerbase, W. 16, Reußstr. 16.

Herren- und Knab-Kleidung.
Die Mitglied. des Sozialdemokr. Vereins erhalten 5 Prozent Volkswirtschaft.
Adolf Kramberger, Reußstr. 7.
Fabrik moderner Herren- und Knaben-Kleidung.

Wilhelm Reußstr. 11.
Wilhelm, Reußstr. 11.

Hochzeits- u. Beerdigungsfahrten
Hochzeits- u. Beerdigungsfahrten

Kaffee, Tee
Gewaltig, Heinrich, Al. Hauptstr. 11.
Gewaltig, Heinrich, Al. Hauptstr. 11.

Pohl, B., Al. Hauptstr. 11.
Pohl, B., Al. Hauptstr. 11.

Kinematographen
Eden-Theater Nicolai-Str. 27.
Eden-Theater, Nicolai-Str. 27.

Kaiser-Wilhelm-Theater Al. Hauptstr. 11.
Kaiser-Wilhelm-Theater, Al. Hauptstr. 11.

Kleiderstoffe, Seldwaren
Rother, Richard, Friedrichstr. 59.

Kolonialwaren
Blehl, P., Al. Hauptstr. 11.
Blehl, P., Al. Hauptstr. 11.

Konfitüren und Schokoladen.
Abrams, J. W., Al. Hauptstr. 11.
Abrams, J. W., Al. Hauptstr. 11.

Korsetts
Dreher, Siegfried, Reußstr. 69.
Dreher, Siegfried, Reußstr. 69.

Lederwaren und Sattlerei
Rüger, Friedrich-Wilhelmstr. 30.
Rüger, Friedrich-Wilhelmstr. 30.

Linoleum, Wachstuche
Linoleum-Industrie, Al. Hauptstr. 11.

Malzkaffee
Samf-Malzkaffee, überall erhältlich.

Milch- und Butterhandlungen.
Hillmann & Kirschner, Breslau.

Milch- und Butterhandlungen.
Hillmann & Kirschner, Breslau.

Milch- und Butterhandlungen.
Hillmann & Kirschner, Breslau.

Milch- und Butterhandlungen.
Hillmann & Kirschner, Breslau.

Milch- und Butterhandlungen.
Hillmann & Kirschner, Breslau.

Milch- und Butterhandlungen.
Hillmann & Kirschner, Breslau.

Möbel-Reparatur, Glaserol.
Derg, C., Auguststr. 122, Al. Hauptstr. 11.

Musikinstrumente, Schallplatten.
Musikinstrumente, Schallplatten

Musik-Lehrinstitute
Musik-Lehrinstitute

Nähmaschinen.
Nähmaschinen

Obst-, Beeren- u. Trauben-Weine
Obst-, Beeren- u. Trauben-Weine

Optiker
Heldrich, Adolf, Al. Hauptstr. 11.

Papier- und Schreibwaren
Papier- und Schreibwaren

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe
Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Buscher Al. Hauptstr. 11.
Buscher, Al. Hauptstr. 11.

Fürmann Al. Hauptstr. 11.
Fürmann, Al. Hauptstr. 11.

Grundmann Al. Hauptstr. 11.
Grundmann, Al. Hauptstr. 11.

Grundmann Al. Hauptstr. 11.
Grundmann, Al. Hauptstr. 11.

Grundmann Al. Hauptstr. 11.
Grundmann, Al. Hauptstr. 11.

Grundmann Al. Hauptstr. 11.
Grundmann, Al. Hauptstr. 11.

Grundmann Al. Hauptstr. 11.
Grundmann, Al. Hauptstr. 11.

Grundmann Al. Hauptstr. 11.
Grundmann, Al. Hauptstr. 11.

Grundmann Al. Hauptstr. 11.
Grundmann, Al. Hauptstr. 11.

Villa Liebig, Al. Hauptstr. 11.
Villa Liebig, Al. Hauptstr. 11.

Spatenbräu Al. Hauptstr. 11.
Spatenbräu, Al. Hauptstr. 11.

Stadthauskeller Al. Hauptstr. 11.
Stadthauskeller, Al. Hauptstr. 11.

Weisser Löwe Al. Hauptstr. 11.
Weisser Löwe, Al. Hauptstr. 11.

Zur polnisch. Wirtschaft Al. Hauptstr. 11.
Zur polnisch. Wirtschaft, Al. Hauptstr. 11.

Rosenschöner u. Wurstfabrik Al. Hauptstr. 11.
Rosenschöner u. Wurstfabrik, Al. Hauptstr. 11.

Rock- u. Frack-Verleih-Institut. Al. Hauptstr. 11.
Rock- u. Frack-Verleih-Institut, Al. Hauptstr. 11.

Mosler, J., Al. Hauptstr. 11.
Mosler, J., Al. Hauptstr. 11.

Datalong, A., Al. Hauptstr. 11.
Datalong, A., Al. Hauptstr. 11.

Sargmagazine Al. Hauptstr. 11.
Sargmagazine, Al. Hauptstr. 11.

Seifengeschäfte Al. Hauptstr. 11.
Seifengeschäfte, Al. Hauptstr. 11.

Seite Komit Seitenpulver. Al. Hauptstr. 11.
Seite Komit Seitenpulver, Al. Hauptstr. 11.

Schankwirtschaften Al. Hauptstr. 11.
Schankwirtschaften, Al. Hauptstr. 11.

Schankwirtschaften Al. Hauptstr. 11.
Schankwirtschaften, Al. Hauptstr. 11.

Schankwirtschaften Al. Hauptstr. 11.
Schankwirtschaften, Al. Hauptstr. 11.

Schankwirtschaften Al. Hauptstr. 11.
Schankwirtschaften, Al. Hauptstr. 11.

Schankwirtschaften Al. Hauptstr. 11.
Schankwirtschaften, Al. Hauptstr. 11.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Dezember.

Spritzverdienste.

Die deutschen Schnapsgeschäfte kennzeichnen sich durch die verschiedensten Eigentümlichkeiten. Eine dieser Wertwürdigkeiten ist, daß sich das Spritzgeschäft bei schlechtem Geschäftsgange besser verzinst als zu guten Zeiten. Schreibt doch die Breslauer Spritzfabrik N. O. in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1912/13, der Spritzlabjahr habe sich im Rechnungsjahr trotz Ermäßigung der Preise nicht besetzt; der Konsum sei deswegen zurückgegangen. Der auszahlende Gewinn, der aus einer Grunddividende und einer Ueberdividende besteht, erscheint für die Stammaktionäre in einer Verzinsung ihrer Papiere mit 22 Prozent gegenüber nur 21 Prozent im Vorjahre. Bei den Geschäften der Breslauer Spritzfabrik muß man zwischen eigentlichem Wirtschaftsgewinn, Verdiensten aus Beteiligungen an anderen Gesellschaften und Einnahmen auf Zinsenkonto genau unterscheiden. Es handelt sich also um ein vorbildliches Verbandsunternehmen. Das drückt sich auch darin aus, daß der Verdienst aus Beteiligung und an Zinsen im Vergleich zum Vorjahr viel mehr gewachsen ist, als der Gewinn auf Vertriebskonto. Die Breslauer Spritzfabrik gehört heute wohl zu den bestbegründeten Unternehmen. Nicht nur die Branntweinezeugung, auch der Schnapsandel ist ja immer ein gutes Geschäft gewesen. Ueberdies ist das Breslauer Unternehmen nur ein Teil des deutschen Spiritustrastes, der sich um die ostelbischen Spirituswerke zusammenballt.

Die von agrarischer und nationaler Seite in das Schnapsgesetz hineingebrachten Raffiniertheiten verbürgen solche Gewinne, wie sie jetzt die Breslauer Spritzfabrik wieder gemacht hat. Für die Arbeiter ist das eine neue Erinnerung und ein kräftiger Ansporn, den Schnapsboykott so kräftig wie nur irgend denkbar durchzuführen.

Die heilige Disziplin.

Der Kanonier Karl Krause vom Feldartillerie-Regiment Nr. 6 in Breslau erhielt von dem Unteroffizier Feilerabend den Befehl, die Stallgasse zu fegen. Er sagte: „Das tue ich nicht, ich habe schon gefegt!“ Krause wurde vom Kriegsgericht der ersten Division in Breslau unter Vorbehalt des Majors Grafen v. Wengerski wegen Gehorsamsverweigerung und Ungehorsam im Dienst vor verurteiltem Mann, erst nach dem Antrag des Vertreters der Mafage, Gerichtsassessor Hoppe, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Daß der Soldat sich weigerte, eine, nach seiner Auffassung ganz sinnlose Arbeit zu verrichten, ist menschlich begreiflich. Dasselbe zwei Monate Gefängnis auszusprechen, das kann freilich nur das Militärgerichtbuch entschuldigen. Es wird Zeit, daß dieses einmal den Anschauungen unserer Zeit angepasst wird.

Zu welchen Angelegenheiten es sich beziehen kann, zeigt folgendes Urteil, das in derselben Kriegsgerichts-Sitzung verhängt wurde:

Kunst und Wissenschaft.

Die Arbeiter und die Kunst.

Die Hamburger Arbeiter-Bildungs-Kommission, die seit Jahren literarische Abende, Vokal-, Orchester- und Kammermusik-Konzerte mit vornehm künstlerischen Programmen veranstaltet und in jedem Jahre mit einem Ensemble während der drei Sommermonate Theateraufführungen mit literarisch wertvollem Repertoire gibt, läßt seit einigen Jahren auch regelmäßig alljährlich zweimal die namhafte Sinfonie-Orchesters mit Schlußchor aufzuführen. Das staatlich subventionierte Philharmonische Orchester der Musikvereine-Gesellschaft sieht ihre dabei unjenseit, der große Saal der staatlichen Musikhalle wegen Erhaltung der Selbstkosten zur Verfügung. Ein deutlicher Beweis für den Bildungswunsch der Arbeiterschaft, sowie für das hohe Interesse, das die Arbeiterschaft der Kunst entgegenbringt, ist nun die Tatsache, daß am Mittwoch die 4000 Eintrittskarten zu den beiden am 9. und 10. Januar stattfindenden diesmaligen Aufführungen, die das Stück 75 Pfennig kosten, in einer einzigen halben Stunde vergriffen waren.

Hoffentlich wird es sich in Breslau auch einmal ermöglichen lassen, die „Meunte“ unseren Arbeitern vorzuführen. Ist doch die Jahrhunderthalle ein idealer Raum für eine derartige Veranstaltung.

Das erste öffentliche Heine-Denkmal, das in Deutschland gesetzt worden ist, wurde am Sonnabend in der städtischen Friedberger Anlage zu Frankfurt a. M. enthüllt. Der Berliner Bildhauer Georg Kolbe hat es geschaffen und aus privaten Mitteln wurde es errichtet. Auf einem Sockel aus Marmorstein erhebt sich die Bronzegruppe eines schreitenden Jünglings und eines lauchenden Mädchens. Am Sockel ist das Reliefbildnis des jungen Heine mit der Inschrift „Dem Dichter Heine“ angebracht. Oberbürgermeister Voigt übernahm das Denkmal in die Obhut der Stadt mit einer Ansprache, die in den Worten gipfelte: „Nicht richten wollen wir, sondern zu verstehen suchen.“ Am Schluß der Feier wurden zahlreiche Kränze am Fuße des Denkmals niedergelegt.

Aus aller Welt.

Die Steppenteufel.

Ein Kulturbild aus dem dunkelsten Asien.

Vor dem Kriegsgericht in Felaterinowla begann vor einigen Tagen der auf einen Monat berechnete Prozeß gegen die als „Steppenteufel“ bekannte Räuberbande, die jahrelang den Kubanbezirk unsicher gemacht hat. Von 62 Angeklagten sind etwa die Hälfte der Eheleute, Begünstigung usw. angeklagt; den übrigen Hauptverbrechern droht die Todesstrafe, 400 Zeugen sind vorgetragen. Die Bande hat ungefähr 30 Morde verübt. Der schrecklichste war der Angriff auf das Bauerntum des deutschen Kolonisten Konrad Hill bei der Station Nowo-Geslawskaja, wobei die Räuber den Kolonisten Konrad Hill, seine in Wochenbett liegende Frau, seinen Schwiegervater Grünwald, einen Wächter, einen Metzger und fünf kleine Kinder erschossen, erschossen oder, wie einen Neugeborenen, mit dem Kopf an die Achseln zerhackten. Ein 13jähriges Mädchen, das die Bande zu erschossen versuchte, blieb zufällig am Leben und konnte als einzige Zeugin die Behörden vom Verlaufe des Ueberfalles unterrichten.

In anderen Fällen begossen die Räuber ihr Opfer mit Petroleum und ließen es langsam verbrennen.

Der Dragoner Franz Schenkalla vom Regiment 8 in Namslau wurde vom Wachhabenden, Peter von Maack nicht befehligt, er dürfe ohne dieses Vorgesetzten Erlaubnis den Stalldienst nicht verlassen. Der Dragoner jagte, der Geheile soll ihm keine Vorschriften machen, sonst habe er ihn in die Irre... Das sollte er versuchen, meinte der Geheile, an den Mann herantretend. Nun gab der Dragoner dem Vorgesetzten zwei Ohrfeigen. Er wurde vor dem Kriegsgericht in Breslau des tätlichen Angriffs, der Widerlegung und der Ungehorsamigkeit angeklagt. Kriegsgerichtsrat Schubert beantragte 2 Jahre 11 Tage Gefängnis, wobei allein zwei Jahre für die Ohrfeigen. Dabei nahm er noch einen minderjährigen Fall an, sonst müßte nach dem Gesetze der Antrag viel höher lauten. Der Verteidiger, Oberstaatsanwalt v. Falkenhäuser, meinte, es rechtfertige sich eine bedeutend niedrigere Strafe. Der Vorgesetzte habe sich nicht in rechter Weise gegen den Ungehorsamen benommen und wohl nicht das Vorgesetztenverhältnis respektiert. Er sollte nicht dauernd auf ihn einreden, sondern sich ruhiger und verständiger benehmen. Auch sei zu berücksichtigen, daß der Geheile aus dem Jahrgang des Sch. und sonst außer Dienst in Kamerad sei. Das Kriegsgericht ging noch über den Antrag hinaus und erkannte auf

Zwei Jahre vier Monate Gefängnis

wovon allein zwei Jahre drei Monate für das tätliche Vergehen. Der Geheile habe den Untergebenen nicht vorkaufsrechtswidrig behandelt.

Jede Kritik ist hier eigentlich überflüssig. Wer die Kameradenverhältnisse kennt, der weiß, daß der Dragoner in dem Verfahren unmöglich einen Vorgesetzten sehen konnte. Daß dieser sich nicht nicht als solcher gefühlt hätte, geht aus seinem ganzen Verhalten hervor. Trotzdem bis unheimliche Strafe. Dem Ungehorsamen des Gesetzes muß eben Genüge geschehen, ob die Menschlichkeit dabei zu ihrem Rechte kommt?

Ueber die Dberschiffahrt

In der Woche vom 7. bis 13. Dezember schreibt der fliegende Schiffsverkehrsverein u. a.: Die Witterung hat sich nicht geändert. Es bleibt weiter weich und regnerisch. Der Wasserstand ist hoch. Der Schiffsverkehrsverein hat der Jahreszeit folgend, wesentlich nachgelassen. Sowohl von Coisel abwärts, wie von Breslau aufwärts nach Coisel wird sich der Verkehr glatt ohne Schleusenabgang ab. Nur an den Märlischen Wasserstraßen flaut sich der Verkehr Anfang der Woche bis zu zwei Tagen, erst Ende der Woche besteht etwa ein Tag Schiffsverkehr, weil ja, wie wiederholt gesagt, nur eine Schleusenreihe zur Benutzung frei ist. Andere Hindernisse sind auf der Ehrenöder nicht vorhanden, als das kurz Tageslicht, welches durch Nebel noch weiter beschränkt wird.

Der Mangel an Ladung, hauptsächlich aber zu verladen den Kohlen, hat eine Menge Einzelschiffe und auch Reedereien gezwungen, ihre Fahrzeuge in den Winterstand stillzuliegen und speziell im oberen Teil der Oder, hauptsächlich aber in Coisel, haben sich die Winterschiffstellen, d. h. die Häfen, derart gefüllt, daß sich die Behörde veranlaßt gesehen hat, jetzt schon Mitte Dezember die Auffahrt beladener Fahrzeuge nach Coisel zu stillen. Eine derartige Maßnahme ist für den Handel und für die Schiffsahrt doppelt störend und schädigend, und es muß das Bestreben von Handel und Schiffsahrt klären, in Zukunft die Behörde zu veranlassen, daß, solange offenes Wasser ist, die nach Coisel bestimmten beladenen Fahrzeuge auch zur Entladung kommen und nicht, wenn auch durch die Verhältnisse gezwungen, doch immerhin für Verfrachter und Ladungsempfänger

nen, während sie ihm das Geständnis abzulocken suchten, wo Wertgegenstände verborgen waren. Eine Frau wurde mit Pulver bestrichen und in die Luft gesprengt. Außer dieser Morbaten verübte die Bande noch viele Einbrüche, Brandstiftungen, Vergewaltigungen usw. Daß sie so lange unentdeckt blieb, ist größtenteils einem Polizeibeamten zuzuschreiben, der von der Bande bestochen wurde und ihr selbst dann noch half, als es zu einer Schießerei zwischen den Räubern und seinem unmittelbaren Vorgesetzten kam. Schließlich gelang es einem Freiwilligen der Justiz, einem ehemaligen Dieb, der vermutlich verbotene Rechnungen mit den Banditen zu begleichen hatte, der Polizei das Verstecken der Verbrechen und ausreichende Beweismittel gegen sie zu liefern. Bei der Festnahme der Bande kam es zu einem Gefecht, wobei der Anführer Ignacij Michanow erschossen wurde und zwei andere Banditen entkamen. Sechs Angeklagte behaupten, von der Polizei durch Folterung zum Geständnis gezwungen worden zu sein.

Das Kriegsgericht verurteilte zehn Angeklagte zu zwanzig Jahren, vier zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit, fünfzehn zu sechs, sechzehn zu fünf Jahren und sechs zu kürzeren Freiheitsstrafen; dreizehn Angeklagte wurden freigesprochen. Die Bandenmitglieder ergab keine volle Klärung des Sachverhaltes, doch scheint die Begünstigung der Räuberbande, durch höhere Polizeibehörden und die Freisetzung der Untersuchung nachgewiesen zu sein.

Die Wiederauffindung der Mona Lisa.

Der Kunstgeschichtler Gustav Spuller bestätigt in einem Telegramm aus Florenz, daß er das Gemälde untersucht und zu seiner Freude die ihm wohlbekannte Risse entdeckt habe, die zusammen mit der handschriftlichen Vermerkung auf der Rückseite die letzten Zweifel an der Echtheit zerstreuen müssen.

Der patriotische Dieb.

Bei seiner Vernehmung sagte der Dieb Verugta u. a.: Ich empfand es immer mit großer Bitterkeit, wenn die Besucher des Louvre, wo ich geraume Zeit angestellt war, immer und immer wieder sagten: „Das ist italienisch, jenes ist italienisch!“, und es überkam mich Jorn und Mut. Ich sagte mir, ich bin kein Italiener, wenn ich nicht versuche, eines dieser Meisterwerke nach der Heimat zurückzubringen. Mir fiel Italien ein, die „Gioconda“ mit mir zu nehmen, verließ ich Italien. Eines Tages gelang es mir, mich in den Gioconda-Saal zu schleichen. Ich nahm das Gemälde von der Wand, und dann aus dem Rahmen, steck das Bild unter meine Mütze und verließ ungehindert das Museum. Ich beabsichtigte nicht, die Gioconda zu verkaufen, ich will sie Italien zum Glanz machen, und verlange nur eine kleine Belohnung für mein Risiko.

Die Nachricht von der Wiederauffindung der „Mona Lisa“ hat in ganz Italien großes Interesse hervorgerufen. Man glaubt im allgemeinen, daß die Aussagen des Diebes Verugta über den Diebstahl nur Ausreden sind, daß er vielmehr den Diebstahl begangen hat, um zu einem Vermögen zu gelangen. Verugta ist vorläufig im Gefängnis zu Florenz interniert. Er wurde von dem Polizeichef einem eingehenden Verhör unterzogen. Bis jetzt waren alle Versuche, ihn zu bewegen, die Komplizen, die wie man bemerkt, ihn bei dem Diebstahl beihilft waren, zu nennen, vergeblich. Er besteht vielmehr hartnäckig darauf, den Diebstahl allein, ohne jede Beihilfe verübt zu haben. Es ist möglich, daß Verugta wieder freigelassen wird, da den italienischen Gesetzen zufolge ein Italiener,

unvorbestraft, solche einfach unterwegs aufhalten werden. Die nicht allzu schwere Beschaffung von Winterhabsellen für Leute könnte würde diesem Mittelstande schnellstens abhelfen. In Breslau ist der Koch- und Metzgerei nach in vollem Gange.

Die Fremdenlegion.

Am Sonnabend hielt ein ehemaliger Korporal der französischen Fremdenlegion, Christian Wolf aus München, in der Neuen Börse einen Vortrag über die Zustände in dieser Truppe. Er erzählte, wie er selbst als 19-jähriger Mensch, von Sehnsucht nach fremden Ländern und Abenteuern getrieben, sich einfinden ließ, und wie es ihm dann in fast fünfjähriger Dienstzeit in der afrikanischen Garnison und auf einem Feldzuge in Madagaskar erging. Verachtung und Hohn sind das Los des Fremdenlegionärs: Franzosen wie Araber sind überzeugt, daß nur verkommenen Subjekte sich dazu hergeben können, ihr Leben für einen fremden Staat für 4 Pfennige täglich einzusetzen. Der Fremdenlegionär muß alle möglichen harten und niedrigen Arbeiten verrichten, die man dem regulären Soldaten nicht zumutet.

Der Vortragende, dessen Schilderungen lebhaften Beifall fanden, forderte am Schluß zur Beteiligung an Kämpfen gegen die Fremdenlegion auf. Dazu hielt der Schriftsteller Siebers einen Vortrag über seine Erfahrungen, die er als Berichterstatter in Marokko während des Kriegsjahres 1908 gemacht hatte. Damals war es ihm gelungen, 29 deutschen Fremdenlegionären zur Flucht zu verhelfen. Auch er forderte die Zuhörer auf, dem Schutzverbände gegen die Fremdenlegion beizutreten.

Das städtische vegetarische Kinderheim brachte kürzlich seinen Jahresbericht von 1912/13. Am 31. März, 1913 befanden sich 34 Kinder in der Anstalt, 18 Mädchen und 2 Knaben. Im Laufe des Berichtjahres wurden 2 Mädchen aufgenommen und 1 Mädchen und 5 Knaben entlassen. Am Schluß waren demnach 34 Kinder in der Anstalt, 19 Mädchen und 15 Knaben. Da es wiederholt vorgekommen war, daß Mütter ihre Kinder nach kurzer Zeit wieder aus der Anstalt nahmen — während der Zweck der Anstalt, die vegetarische Ernährung ihrer Zöglinge, nur dann voll erreicht werden kann, wenn die Kinder möglichst lange in der Anstalt bleiben — beschloß das Kuratorium wiederholt, möglichst nur Volkswaisen aufzunehmen.

Die Hauptnahrung der Kinder bestand in frischem Gemüse, abwechselnd mit Hülsenfrucht- und Obstgerichten.

Die Knaben wurden mit größeren Hausarbeiten beschäftigt, während die Mädchen im Haushalt helfen und Näh- und Stöpfarbeiten verrichteten. Einen Teil des Tages bringen die Kinder mit Spielen im Freien zu.

Im Sommer wurden zwei Spaziergänge unternommen, davon führte der eine mit den größeren Kindern nach der hohen Gule, der andere mit allen Kindern nach Weidenhof. Seit Anfang des neuen Jahres findet bei günstiger Witterung jeden Sonntag ein kleiner Spaziergang der Zöglinge statt.

Während die guten Ernährungsresultate in den ersten Berichten als möglicherweise nur vorübergehende gelten durften, ist jetzt genügend Zeit verstrichen, um von Dauererfolgen sprechen zu können. Die Kinder, die am Teil schon seit mehr als acht Jahren Zöglinge der Anstalt, haben seit durchgehend eine gute körperliche und geistige Entwicklung und befinden sich wohl. Man kann sich jetzt des Gedrucks nicht erwehren, daß die Ernährungsbedingungen für die Kinder besonders günstig liegen.

Wie in den früheren Jahren, so war auch in dem Berichtsjahre der Gesundheitszustand der Kinder vorzüglich.

welcher ein kleines Verbrechen, wie einen Diebstahl im Auslande, begangen hat, und wieder nach Italien zurückkommt, nur dann bestraft werden kann, wenn das Land, in dem er den Diebstahl begangen hat, einen Strafantrag stellt. Bis jetzt aber hat Frankreich einen solchen Strafantrag noch nicht gestellt.

Aus Rom wird gemeldet, daß die italienische Regierung die Angelegenheit des Fundes des Bildes der „Gioconda“ so rasch als möglich zu erledigen wünscht. Der Grund, weshalb Italien die „Gioconda“ so bald als möglich an Frankreich auszuliefern will, ist darin zu suchen, daß von allen Seiten Italiens Gesandte bei der Regierung einlaufen, in denen die Bitte ausgesprochen wird, die Regierung möge es ermöglichen, das Bild in allen größeren Städten Italiens zur Ausstellung gelangen zu lassen. Das Ministerium aber fürchtet, daß dieses Frankreich nicht zugeben werde, und daß deshalb in Italien eine Bewegung entstehen würde, die den Zweck verfolgte, das Bild ganz in Italien zurückzuhalten.

Eisenbahnunglück in Italien.

Am Sonnabend nachmittag stieß der Schnellzug aus Mailand bei Piacenza mit dem von Alessandria kommenden Zuge zusammen. 15 Personen wurden verletzt, einige davon schwer.

Dreißig Stunden lebendig begraben.

Dreißig Stunden lang war ein Bergmann auf dem Schacht 3/4 der zur Phönixgesellschaft gehörenden Zeche „Dolland“ bei Bochum lebendig begraben. Durch Einsturz eines Strebens wurden zwei Bergleute verschüttet. Dem einen gelang es, sich zu retten, während der zweite, der sich unter einem Holzgerüst geborgen hatte, von nachströmenden Kohlenmassen vollständig verschüttet wurde. Es gelang der Rettungsmannschaft, sich mit dem Verschütteten zu unterhalten. Er teilte mit, daß er unverletzt sei. Abends um 8 Uhr wurde der Bergmann geborgen.

Der Studentenstreik beendet. Am Dienstag wird im preussischen Kultusministerium eine Abordnung der Studierenden der Zahnheilkunde empfangen werden. Alle Unversittäten Preußens werden durch einen Studierenden der Zahnheilkunde in der Deputation vertreten sein, die aber angeblich nur beauftragt ist, ihre Wünsche vorzubringen. Verhandlungen mit der Abordnung finden nicht statt. Diese sind vielmehr in die Fakultät verlegt, die nach am Dienstag abend zusammenzutreten wird.

Zus Waden wird beendet: Der Streit der Studierenden der Zahnheilkunde in Freiburg ist beendet; da die medizinische Fakultät die Einführung des Dokortitels der Zahnheilkunde beim Kultusministerium für Kultus und Unterricht in Karlsruhe gutgeheißen hat. Der Streit wird aber wohl auch in den anderen Universitätsstädten als beendet angesehen werden können, nachdem den Studierenden gedroht worden ist, ihnen werde, wenn sie im Streit verharren, das laufende Studiensemester auf ihre Studienzeit nicht angerechnet. — Im Grunde genommen läuft der Streit um den Dokortitel letztlich auf die Möglichkeit einer besseren Schöpfung des Publikums hinaus.

Das Messer.

Vor dem hiesigen Schöffengericht mußte sich am Mittwoch der Fabrikarbeiter Oskar Müller wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten. Der Angeklagte war am 26. August dieses Jahres mit dem Bauarbeiter Franz Gase in einer Restauration in der Poststraße zusammengetroffen. Beide hatten dort anfangs freundlich miteinander gespielt und geredet. Müller hatte seinen inneren Menschen schon eine ansehnliche Menge Sekt zugeführt, als er mit Gase einen Wortwechsel begann, der schließlich in einen tumultuösen Streit ausartete. Eben hatte sich Gase angelehnt das Lokal zu verlassen, als er plötzlich einen Stich mit dem offenen Messer von Müller in den Hinterkopf erhielt. Zum Glück erwies sich die stark blutende Wunde nicht als lebensgefährlich. Der Verletzte hat irgendwelche nennenswerte gesundheitliche Nachteile nicht erlitten und konnte auch nach vier seiner gewöhnlichen Beschäftigung nachgehen. Diesen Umständen hatte es Müller vornehmlich zu verdanken, daß der Staatsanwalt gegen ihn nicht das „ortübliche Strafmaß“ (ein Jahr Gefängnis) in Antrag brachte, sondern nur sechs Monate. Es stellt dem Verletzten ein günstiges Zeugnis aus, daß er den Gerichtshof, bevor dieser sich ins Beratungsamt juristischen wollte, darum ersuchte, den Angeklagten freizusprechen, oder ihm in weitgehendstem Maße mildernde Umstände zuzubilligen. Es liegt ihm an der Bestrafung Müllers durchaus nichts. Dieses Anliegen wurde bei der Urteilsfindung — wie der Vorstehende nachher ausführte — strafmildernd in Erwägung gezogen. Immerhin glaubte das Gericht den Angeklagten trotz seiner bisherigen strafflosen Führung mit zwei Monaten Gefängnis bestrafen zu sollen.

Schlesien und Posen.

Zur Elektrifizierung der schlesischen Gebirgsbahnen.

Die Arbeiten für die Elektrifizierung der schlesischen Gebirgsbahnen sind so weit vorgeschritten, daß jetzt mit der Einhängung der Drähte für die Hochspannungsleitung zwischen Mittelsteine und Nieder-Salzbrenn begonnen werden konnte. Diese Arbeiten sind besonders interessant, da bei der außerordentlichen Schwere der Drähte für die Spannung magnetische Kraft verwendet werden muß. Die vier Drähte der Leitung haben auf der Länge von Maß zu Maß ein Gewicht von je 75 Zentnern und trotz der starken Spannung ergibt sich zwischen den einzelnen Mäßen, die immer 200 Meter von einander entfernt sind, immer noch eine Senkung von rund acht Metern.

Brieg, 13. Dezember. Der Schießprügel. Am Freitagabend spielten die beiden 17-jährigen Diensthilfskriegerbillia und Schiller in Böhmischdorf mit einer Schusswaffe. Dabei wurde Briegilla durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt. Er wurde in eine Breslauer Klinik geschafft, wo er inzwischen gestorben ist. Schiller wurde Sonnabend früh in einem Gehölz erschossen aufgefunden. Er hat Selbstmord begangen.

Bunzlau, 14. Dezember. Kleinbahn Bunzlau-Mobla u. Für die Inbetriebnahme der Kleinbahnstrecke Bunzlau-Mobla ist, nach der „Schles. Zig.“, der 20. Dezember in Aussicht genommen. Die neue Bahn durchschneidet den nördlichen und nordwestlichen Teil des Kreises Bunzlau, hat eine Länge von über 30 Kilometern und berührt nächst der Stadt Bunzlau die Ortsteile Neu- und Nieder-Schönfeld, Eißberg, Klein- und Groß-Gollantsch, Kitzbühren, Grotzsch, Grotzsdorf und Mobla. Besonders für die letzteren Ortsteile mit ihren umfangreichen Gütermassen ist die neue Bahn ein willkommenes Beförderungsmittel ihrer Erzeugnisse. Aber auch die Verkehrsfrage aus dem Bunzlauer Stadtkreis wird der neue Verkehrsweg wesentlich verbilligen und vereinfachen. Die Bauausführung hatte die Firma Kenz u. Co., die auch einen Teil der Aktien gezeichnet hat. Die Baukosten belaufen sich auf etwa 1.900.000 Mark. Der Grund und Boden wurde größtenteils von den Gemeinden und der Stadt Bunzlau kostenlos hergegeben. Weiter sind an der Aktiengesellschaft beteiligt der Staat, die Provinz Schlesien, der Kreis Bunzlau, die Stadt Bunzlau, mehrere Gemeinden und eine Anzahl Privatpersonen. Der Kleinbahnstrecke Bunzlau der Strecke Bunzlau-Neudorf, die ebenfalls von der Firma Kenz u. Co. erbaut wurde, wurde für den Betrieb der neuen Strecke nach Mobla nutzbar gemacht und erheblich vergrößert. Die östliche Seite des Bergens dient dem Verkehr nach Neudorf, die westliche Seite dem nach Mobla. Außer dem Bahnhof werden auch das Bahnhofspersonal und die Verwaltung von beiden Gesellschaften gemeinsam gestellt. Der Kleinbahnstrecke ist für den Güterverkehr mit dem Staatsbahnhof Bunzlau durch eine besondere Gleisanlage verbunden, ebenso ist es in Mobla. Der Betrieb der Bahn erfolgt vom Bahnhof Grotzsdorf aus, wo neben dem Bahnhof ein Beamtenwohnhaus und ein Lokomotivschuppen errichtet sind. Die Züge werden hier zusammengefaßt und zuerst am Morgen nach der Richtung Mobla abgefahren. Die neue Bahn führt an Wochentagen 2.

Ein Arzt Kuppler und Eittilligkeitsverbreiter. Unter dem Verdacht der schweren Kupplerei und widerrechtlichen Nachhilfe ist in Frankfurt a. Main der Arzt Weißbrod verhaftet worden. Weißbrod betrieb seit Jahren ein Institut, das sich hauptsächlich mit der Behandlung von Geschlechtskranken befaßte. Er machte aber nebenbei auch allerlei andere Geschäfte; so vermittelte er u. a. Darlehensgeschäfte, und kam schließlich hierdurch auch auf die Peitratzvermittlung.

Er soll hierbei nicht immer reell verfahren sein, und so mußte er sich im Jahre 1907 vor der Strafkammer in Düsseldorf wegen verurteilter Kupplerei verantworten. Er hatte damals einem Arzt eine reiche Partie vermittelt und war dann an diesen Arzt mit Erpressungen herantreten. Die Strafkammer verurteilte ihn damals zu einem Jahr Gefängnis und erkannte ihm den Doktorittel ab. Er verlor dadurch seine umfangreiche Praxis in Frankfurt und beschäftigte sich von da ab nur noch mit der Kurpfuscherei. Die jetzige Anklage wurde von einem Kaufmann Ewald erlassen, der zu der Frau Weißbrod in Beziehungen stand. Als Ewald an den Arzt wegen dieser Angelegenheit mit Selbstforderungen herantrat, lehnte Weißbrod diese ab, und Ewald zeigte ihn der Staatsanwaltschaft an. Die Verhandlungen Weißbrods gegen den 175 R.-Str.-V. sollen sich auf zahlreiche Personen der besseren Stände beziehen. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

100 „blinde Passagiere“ auf einem Auswandererschiff. Beim Entlassen des englischen Auswandererschiffes „Aria“, im Hafen von Neapel wurden von der Polizei sechzig Ratten verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Die Ratten werden beschuldigt, hundert nach der Heimat zurückkehrende Auswanderer heimlich im Dampfer aufgenommen und in Kielraum versteckt zu haben. Jeder dieser Auswanderer hatte den Ratten eine Selbstmordpille angetan. Da die Eingewanderten aber Hunger und Durst litten, sprangen sie die Türen des Kielraums und kamen auf Deck, wo es zu förmlichen Szenen kam, sobald der Kielraum durch Marconitelegraphische Hilfe erhellte wurde. Schließlich gelang es nach vorübergehender Verweigerung in Neapel, die sechs Rattenführer der Mannschaft festzunehmen. Es wird ihnen wegen Betruges der Ratten gem.

Im Kampf mit Ratten. Ein blinder Straßenkehrer, welcher Ratten und Feldhühner fand in dem kleinen Gäßchen

bis 4. Wagenklasse, an Sonntagen nur die 2. und 3. Klasse. In Markttagen sowie an Sonn- und Festtagen verkehrt zwischen Kitzbühren und Bunzlau noch ein besonderes Zugpaar.

Kitzbühren, 15. Dezember. Vom Wetter auf der Schneeflocke während der letzten Woche wird gemeldet: Das Frostwetter hat die ganze letzte Woche hindurch angehalten und das Quecksilber des Thermometers hielt sich stets mehrere Grade unter Null. Es zeigte sogar einmal 13 Grad Kälte an. In fast allen Tagen herrschte trübe, neblige Witterung und als am Donnerstag die Sonne die dicke Wolkendecke durchbrochen hatte, bot sich ein wunderbarer Fernblick nach den umliegenden Tälern und weit hin ins flache Land.

Von den Sportverhältnissen auf dem Gebirge ist gutes zu melden. Es hat in den letzten Tagen tüchtig geschneit und eine Schneedecke geschaffen, die die Ausübung fast allen Sports in leidlich befriedigendem Maße zuläßt. Nur auf dem Ramm ist es mit dem Schnee schlecht bestellt, da er dort größtenteils verweht ist. Auf der böhmischen Seite des Gebirges ebenso wie im Jizersgebirge liegt bedeutend mehr Schnee wie auf der deutschen Seite.

Reichenbach, 14. Dezember. Kommunales. In der am Freitag abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung widmete der Stadtverordneten-Vorsteher dem infolge eines Unglücks verstorbenen Stadtverordneten Fabrikbesitzer Hermann Vogel einen ehrenden Nachruf. Der Leichengeldpreis für das St. Josefs-Krankenhaus und das Johanner-Krankenhaus wurde auf 16 Pf. ermäßigt. In die Synagogen-Gemeinde wurden hundert Quadratmeter vom Gerichtsgarten verpachtet. Bewilligt wurden 20 Mk. als einmalige Beihilfe an den deutschen Luftschifferverband, dem Vaterländischen Frauenverein für die Einrichtung einer Volksschule 300 Mk. als einmalige Beihilfe und bis zu 500 Mk. zu den Kosten des Betriebes, sowie Tische und Stühle leihweise und 100 Mk. für das Krüppelheim in Neudorf. Zur Besichtigung mehrerer Badeanstalten wurden drei Herren die Reisetkosten bewilligt. Die Verwaltungskosten der städtischen Sparkasse für 1914 wurden auf 20.566,15 Mk. festgesetzt.

Jauer, 15. Dezember. Ein wütender Bulle. Als Freitag nachmittag ein 17-jähriger schwerer Bulle, der der Viehhändler Sommer von einem Gutsbesitzer aus Semmelwitz gekauft hatte, nach der Stadt transportiert wurde, warf kurz vor dem Kreis-Krankenhaus dieser plötzlich seinen Führer in den Straßenraben und sprang auf das angrenzende Ackergrundstück. Mehrere Arbeiter, die zu Hilfe geholt wurden, wagten sich an das wütende Tier nicht heran, auch der Versuch, es durch eine Schlinge zu fesseln, mißlang. Schließlich gelang es dem Besitzer den Bullen am Leisels zu erwischen. Er ließ ihn nicht mehr los, auch als dieser wütend davonrannte, die angrenzende Gede durchbrach und in den Garten des Siechenhausgrundstückes eindrang zum nicht geringen Schrecken der Hausinhaber. Hier konnte der Bulle nach vieler Mühe gefesselt und nach der Mühlstraße geführt werden, wo er auf einen Viehwagen verladen wurde.

Bunzlau, 15. Dezember. Protestversammlung gegen das Sabelregiment. In der von 200 Personen besuchten öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag in den „Drei Kronen“ tagte, sprach Genosse Eberle-Görlich über die Vorgänge in Jauern und die sich daran anschließenden Verhandlungen im Reichstag. Die Kritik der Sabelherrschaft löste stürmischen Beifall aus. Eine Protest-Resolution, sans-stimmige Annahme. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Weißenstein, 15. Dezember. Das „jüdische“ Volk. Die katholischen Kirchengemeinden durchweg aus der glorreichen Zeit des Mittelalters und es ist erstaunlich, wie man im 20. Jahrhundert noch versucht, diesen Kirchensitten Geltung zu verschaffen. So liest man in der bürgerlichen Presse über die Gottesdienstsituation für die nächste Woche, und zwar unter der Rubrik „Kath. Kirchspiel Salzbrenn“: In dieser Woche sind Mittwoch, Freitag und Sonnabend Quatembertage und gebotene Fast- und Abstinenztage, jedoch ist am Mittwoch und Sonnabend der Fleischgenuß bei Verriichtung der Fleischgebete gestattet. — Unter der Rubrik „Kath. Pfarrkirche in Weißenstein“ aber folgendes: Mittwoch, Freitag und Sonnabend sind gebotene Quatembertage. Am Mittwoch und Sonnabend ist der Fleischgenuß bei einmaliger Sättigung gegen Verriichtung der vorgeschriebenen Fleischgebete gestattet.

Die Katholiken von Weißenstein scheinen also lünder zu sein, als die in Salzbrenn, denn sie dürfen sich nächsten Mittwoch und Sonnabend nur einmal während des ganzen Tages satt essen. Ob alle Katholiken danach handeln?

Jiegenhals, 15. Dezember. Aus der Partei. Unsere am Sonnabend abgehaltene Mitgliederversammlung war diesmal etwas besser besucht. Nach erfolgter Einziehung der Beiträge durch den Kassierer, Genossen Hoffmann, nahm die Versammlung Kenntnis von den eingegangenen Schreiben. Beschlossen wurde dann, die beiden Flugblätter „Volk, sei auf der Hut!“, sowie „August Bebel, der Kapitalist“ hier zu verbreiten. Verhört behauptet wurde, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften so wenig Interesse der politischen Organisation zeigen, da die Zeiten doch wirklich nicht dazu angetan sind, die Hände ruhig in den Schoß zu legen.

Kerzberg, 15. Dezember. Sozialdemokratischer Bahndirektor. Die letzte Mitabnehmerversammlung beschäftigte sich in erster Linie mit dem Ausfall der Stadtverordnetenwahlen

Reises in der Provinz Katalonien (Spanien) statt. Eine Schar bewaffneter Banditen war in ein Landhaus eingedrungen, um es zu plündern. Die Glocken einer nahen Kirche läuteten Sturm, worauf Feldhüter herbeieilten. Zwischen ihnen und Banditen, die sich inzwischen in dem Landhaus häuslich eingerichtet hatten, kam es zu einer förmlichen Schlacht. Auf beiden Seiten wurde mit großer Erleichterung gekämpft. Über 200 Schüsse wurden auf beiden Seiten abgegeben, durch die zwei der Verbrecher tödlich verletzt wurden. Schließlich gelang es den Feldhütern, die Banditen festzunehmen. Das Haupt der Einbrecherbande ist ein Deserteur, der wegen verschiedener Mordtaten gesucht wird.

Reise auf der Fahrt nach Amerika. Der von dem kleineren Ritualmordprozess her weltbekannt gewordene Angeklagte Reiss, der vom Kiener Gericht freigesprochen wurde, ist jetzt in London eingetroffen und gedenkt seine Reise in den nächsten Tagen nach New York fortzusetzen. Reiss beabsichtigt, nach Kanada auszuwandern, wo er sich naturaltieren zu lassen gedenkt.

Telegraphische Verbindung mit Logo. Die Arbeiten an der Telefunkenstation Kamina in Logo schreiten rüstig vorwärts. Die wichtigsten Vaulichtleiten sind fertiggestellt. Schon jetzt können verkehrswichtige Funkentelegramme von Nauen nach Kamina aus einer Entfernung von 5400 Kilometer gefandt werden, jedoch kann die Station Kamina nicht eher antworten, bis die großen Mastenanlagen fertiggestellt sind.

Verurteilter Mord. Der in Frankfurt a. M. lebende ehemalige Kaufmann Bynoff reiste am 11. November nach Amsterdam, nachdem er seinem Bruder Zyantall in die Milch und seiner Mutter Zyantall in das Mundwasser geschüttelt hatte. Das geplante Verbrechen wurde rechtzeitig entdeckt und Bynoff verhaftet. Er hatte die Absicht, die ganze Familie in vergiften, um sich in den Besitz des Vermögens zu setzen.

Furchtbare Folgen eines Scherzes. In Erlabrunn (Sachsen) kam der Handwerksmeister Körner als „Nikolaus“ verkleidet, in das Haus eines Nachbarn Turner. Dessen 13-jähriger Knabe kitzelte beim Fischen vor dem Baumstamm die Kreuze hinunter und brach das Glas. In der Aufregung bogte der Vater des Kindes Körner ein Küchenmesser in die Brust.

in der 3. Abteilung. Hierbei wurde mit den Genossen abgerechnet, die aus Eisenbüchse und aus Grünblei, die meist aus selbstgemachten Vorräten, die aber keines aufrechten Mannes würdig sind, der Wahl fern blieben. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß diejenigen dadurch nicht andere persönlich, sondern nur sich selbst und der ganzen Sache schaden. Besonders wurde es verurteilt, daß Genossen, die Jahreshelange der Partei angehören, diesmal ihre Pflicht vernachlässigten. Gerade in Neustadt, wo von gegnerischer Seite mit Hochdruck dem Vorkwärtsdrängen der sozialdemokratischen Ideen entgegengearbeitet wird, müßte dieses jeden, der es ernst mit unseren Bestrebungen meint, gerade energisch auffachen. Unsere Partei braucht Männer, und keine die es sein wollen, und doch wenn es darauf ankommt, verlagern. Eine Debatte entspann sich auch noch wegen des Abwonnennbestandes der „Volkswacht“. Als Grundbedingung unseres Vorkwärtskommens soll in nächster Zeit das Hauptgewicht auf die Gewinnung von neuen Abonnenten gelegt werden und das soll und muß auch Aufgabe eines jeden von uns sein. Viele Kräfte erfordert auch die in nächster Zeit notwendige Verbreitung des „Landboten“ und des „Volkskalenders“. Unsere Gegner sind auch in den Landorten des Kreises äußerst rührig, damit sich die Erfolge der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl nicht wiederholen. Die Versammlung wurde mit einem anfeuernden Appell, daß ein Jeder in Zukunft seinen Mann stelle, geschlossen. Nicht umsonst sollen unsere Gegner ihre Anhänger auf unsere Opferwilligkeit und Tatfrömmigkeit hinweisen.

Glöckel, 15. Dezember. Ein Unmensch. Vor dem Schwurgericht hatte sich der Grubenarbeiter Emanuel Schendzielorz aus Klein-Bluschnitz wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten. Der Unmensch hatte sein eigenes noch nicht zwei Monate altes Kind durch Schläge auf den Kopf mißhandelt, daß es den Verletzungen erlag. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. Mit Rücksicht auf die an den Tag gelegte Reue ist die Strafe sehr gering.

Kreuzburg, 15. Dezember. Selbstmord im Gefängnis. Der Arbeiter Thomanek aus Sientanowitz, der hier wegen eines schweren Vergehens eine mehrjährige Bewährungsstrafe abzusitzen hatte, wurde am Freitag in seiner Zelle erhängt aufgefunden.

Lublink D.S., 15. Dezember. Vom Unglück verfolgt. Schwere heimgekehrt wurde die Familie des Bogles Krasnyl. Sämtliche Familienmitglieder, bis auf die Frau, sind an Typhus erkrankt und fanden im Krankenhaus Aufnahme. In wenigen Tagen starben ein 18-jähriger Sohn und drei Töchter im Alter von 14, 12 und 2 1/2 Jahren. Der Ernährer der Familie liegt ebenfalls noch schwer krank darnieder.

Bobrek, 15. Dezember. Noch ein Brand. Sonnabend nachmittag gegen 4 1/4 Uhr entstand in einem Lager der Julienhütte, der ober-schlesischen Eisenindustrie gehörig, auf bisher unaufgeklärte Ursache ein Brand, der einen derartigen Umfang annahm, daß die Besichtigung vorlag, daß die Benzolfabrik in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Den vereinigten Anstrengungen der zu Hilfe gerufenen Wehren — ungefähr 10 aus den Nachbarorten — gelang es gegen 5 1/2 Uhr, das Feuer auf seinen Verb zu beschränken und jede weitere Gefahr zu beseitigen. Eine Betriebsstörung tritt nicht ein. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Hybnitz, 15. Dezember. Die Unterschlagungsaffäre in der Hybnitzer Zren-Anstalt, die in mehreren Verhandlungen bereits die Ratiborer Strafkammer beschäftigt hat und sie auch noch weiter beschäftigen sollte, und in deren Mittelpunkt der frühere Rentant der Anstalt und Stadtrat Schmidt stand, kann jetzt als erledigt angesehen werden. Schmidt ist am Mittwoch in Oberschreiberbau gestorben. Schmidt hatte bekanntlich gegen seine erste Verurteilung mit Erfolg Revision eingeleitet; in der erneuten Verhandlung war die Strafe herabgesetzt worden, aber auch hiergegen hatte Schmidt wieder Revision angemeldet. Diese Sache schwebte jetzt noch beim Reichsgericht. In einer zweiten Strafsache war Schmidt ebenfalls verurteilt worden, hatte aber wiederum mit Erfolg das Urteil angefochten. Eine zweite Verhandlung hatte in dieser Sache vor der Strafkammer noch nicht stattgefunden.

Wylowitz, 15. Dezember. Dreier Einbruch. Freitag Abend in der 7. Stunde wurde in die Privatwohnung des Gastwirts Rossa in der Wehlerstraße eingebrochen, und aus dem Geldschrank über 1000 Mark in bar gestohlen. Die Rossasche Schenke ist in der Wehlerstraße, Ecke Wilhelmplatz, belegen. In der 1. Etage befindet sich die Herberge des Löbel Weiß.

Stromo, 15. Dezember. Selbstmord im Eisenbahnjuge. Ein anscheinend geisteskranker Mann durchschneit sich am Mittwoch in dem mittags von Posen kommende in Personenzuge in einem Abteil der vierten Klasse kurz vor der Station Biniew dem Hals. Der dem Arbeiterstande angehörige Mann kam mit einem Begleiter von Hamburg und sollte der hiesigen Kontrollstation überwiesen werden. Die Leiche wurde zur Feststellung der Personalien der hiesigen Polizei überwiesen.

Bromberg, 15. Dezember. Stadtverordneten-Sitzung. In der Stadtverordneten-Sitzung am 11. d. M. entspann sich eine längere Debatte über die höhere Besteuerung der Kintheater. Schließlich wurde die vom Magistrat beantragte Änderung der Lustbühnensteuer-Ordnung, die eine wesentliche Erhöhung der Besteuerung für die Kintheater bringt, angenommen. Bezahlen muß die Steuer allerdings das Publikum, das die Kintheater besucht. Genio gab es eine große Theaterdebatte. Der Magistrat hatte beantragt, dem Theaterdirektor die Subvention für dieses Jahr von 6000 auf 8000 Mk. zu erhöhen. Dies lehnten die Stadtverordneten ab. Ferner hatten die städtischen Handwerker und Arbeiter dem Magistrat um eine recht baldige Lohnenerhöhung, möglichst noch vor Weihnachten, gebeten. Der Oberbürgermeister erklärte dazu, daß die Revision der Lohnordnung nicht so einfach ist und daß es nicht so schnell geht, wie sich das die Herren denken. Nicht ein einziger Stadtverordneter hat hierzu das Wort genommen, um die Wünsche der Arbeiter zu verteidigen. Wo sind die Herren denn, die bei der Stadtverordnetenwahl vorgaben, auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten? Dagegen nahm die Versammlung zur Kenntnis, daß auf Grund ihres Beschlusses vom 30. Oktober d. J. die Gehälter sämtlicher Beamten nachgeprüft worden sind und daß daraufhin mehrere Beamte Aufbesserungen durch Vorbatterung erhalten, deren Gesamtlöhne 8623 Mk. betragen. Bei den Arbeitern hat man es mit den Zulagen nicht so eilig, da ist, um mit dem Oberbürgermeister zu reden, die Sache nicht so einfach.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags v. 12—1 Uhr Mittags.
2. 23. Da Sie seit Mai 1913 dort wohnen, müssen Sie nach dem Gesetz vom Juni an Steuern zahlen, und können dagegen garnichts machen.
2. 24. Partizipieren, das aus dem Lateinischen stammt, heißt in diesem Falle Anteil haben.
2. Jawobitz. Wenn der Amtsvorsteher nicht antwortet, wenden Sie sich an den Landrat. Im übrigen aber können wir Ihnen nur empfehlen, alle Schreiben zu unterlassen, denn es ist in diesem Falle kaum etwas auszurichten.
2. Wassertrage. Ja, wenn der Vater aus der Kirche ausgeschlossen ist, sind damit ohne weiteres seine Kinder unter vierzehn Jahren mit ausgeschlossen. Wurden die Namen dieser Kinder in der schriftlichen Zustimmungsbescheinigung nicht angegeben, so kann dies noch bei der Vernehmung auf dem Amtsgericht nachgeholt werden.